

Die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen im Spiegel der Presse

(aktualisiert von Anja Tack 21.03.2006)

2006

März

Jakob Lemke: Flucht durch den Schnee. Potsdamer Produktionsfirma Teamworx dreht für die ARD ein Vertreibungs-Drama in Litauen, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 24. März 2006, S. 27.

Jacob Lemke: Eine Flucht durch den Schnee. ARD dreht historisches TV-Event in Litauen, in: Neues Deutschland, 23. März 2006, S. 9.

Michael Hanfeld: Zwei Farben Weiß. Festgefroren am Litauer Haff: Die ARD dreht "Flucht und Vertreibung", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. März 2006, S. 40.

Peter Carsten: Die Erinnerung an die Pforten der Hölle. Bundesversammlung der Vertriebenen in Berlin. Präsidentin Steinbach wiedergewählt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. März 2006, S. 4.

Dpa: Bund der Vertriebenen pocht auf Bau einer Gedenkstätte. Bundesversammlung: Die Zeit dafür ist reif - Steinbach als Vorsitzende wiedergewählt, in: Mitteldeutsche Zeitung, 19. März 2006

[...] Trotz scharfer Kritik aus Polen pocht der Bund der Vertriebenen (BdV) auf einen schnellen Bau des geplanten Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin. «Die Zeit dafür ist reif», hieß es in einer Entschließung der Bundesversammlung am Samstag in Berlin. BdV-Präsidentin Erika Steinbach, die für weitere zwei Jahre an der Spitze des Verbandes steht, forderte die Bundesregierung zu konstruktiver Mithilfe auf. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) «hat offene Ohren für unsere Anliegen», sagte Steinbach. [...]

Polens Präsident Lech Kaczynski hatte bei seinem Deutschlandbesuch am 8. und 9. März das Vertriebenen-Projekt erneut abgelehnt. Die Gespräche sollen aber auf Fachebene fortgesetzt werden. Steinbach wertete den Besuch positiv. «Wenn man dem anderen Verständnis signalisiert, trägt das auch Früchte.» In der Diskussion um Forderungen nach der Rückgabe von Eigentum betont das Auswärtige Amt nach dpa-Informationen, dass das Verhältnis zu Polen nicht mit Fragen der Vergangenheit belastet werden sollten, die aus der Vergangenheit herrühren. [...]

Thomas Lackmann: Ende der Flucht. Was der Entwurf über Erinnerungspolitik verrät, in: Der Tagesspiegel, 09. März 2006, S. 23.

Dagmar Kift: Strukturwandel durch Ostflüchtlinge. Vertriebene und der Nachkriegsaufbau in der BRD, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07. März 2006, S. 8.

Helga Hirsch: Menschenrecht auf Erinnerung. Das "Zentrum gegen Vertreibungen" hat alle Anfeindungen überstanden: Die kommende Ausstellung ist wichtig für die Deutschen, in: Die Welt, 03. März 2006.

<http://www.welt.de/data/2006/03/03/853988.html>

Februar

Regina Mönch: Die Toten vom Karst. Berliner Zentrum gegen Vertreibungen: Italien als Vorbild?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Februar 2006, S. 40.

Regina General: Minenfeld. Erika Steinbachs "Zentrum gegen Vertreibung", in: Der Freitag (06/06), 10. Februar 2006.

<http://www.freitag.de/2006/06/06061102.php>

[...] Seit Jahren versucht der Verband der Vertriebenen in Deutschland für seine Sicht auf Geschichte ein Denkmal durchzusetzen, genannt "Zentrum gegen Vertreibung". Ohne Erfolg bislang, wenn auch seit der Regierungserklärung der Großen Koalition mit verwaschen wohlwollender Begleitung der Kanzlerin, die das Vorhaben in ein "sichtbares Zeichen" der Versöhnung umdeklarierte und für möglich hielt. Nun wurde ein neuer Anlauf genommen. Auf einer Pressekonferenz des Bundes der Heimatvertriebenen stellte Erika Steinbach eine für August in Berlin geplante dreimonatige Ausstellung "Erzwungene Wege" vor. An Hand von 13 ausgewählten Beispielen soll die Geschichte der europäischen Vertreibungen, etwa von Polen, Balten, Ukrainern und natürlich Deutschen zwischen 1939 und 1949 dokumentiert werden. Ergänzt durch den Völkermord an Armeniern.

Dass es eine ganz ähnliche Ausstellung im Bonner Haus der Geschichte gibt, ließen die Veranstalter nicht gelten: ihnen ginge es um die europäische Dimension. Die wesentlichste "Vertreibung" bliebe danach allerdings ausgespart, die der Juden aus Europa. "Vertreibung", das spielte in der Ankündigung natürlich auch keine Rolle, war höchst selten purer Boshaftigkeit geschuldet, sondern Folge des von Deutschen begonnenen Krieges, also vermeidbar ohne diesen Krieg. Und sie war keineswegs zu allen Zeiten gleichwertig, wie der Bund der Vertriebenen meint. Der Vormarsch der Deutschen Richtung Osten "vertrieb" nicht einfach, sondern deportierte, erschoss, hinterließ verbrannte Erde. Dass die "Volksgenossen" nach der Niederlage mit wenig Freundlichkeit bedacht und ebenso gedemütigt wurden ist nach christlichen Maßstäben verwerflich, aber verständlicher als das Herren-"Volk-ohne-Raum"-Gebaren, das dem vorausging. Das Leid der Betroffenen wird von all dem ohnehin nicht mehr gemindert.

[...]

Im Übrigen verschleiert der Terminus "Vertreibung", der zur sudetendeutschen Geschichte gehört, die Tatsache, dass die Mehrheit vor der heranrückenden Front floh. Oder aber als Folge alliierter Beschlüsse das Land östlich der Oder verließ. Um derlei Übel zu ächten, wäre nicht Besitzanspruch, sondern das Bewusstsein vom Ende der ethnisch strukturierten Nationalstaaten nötig. Davon aber ist seit den Kriegen im alten Jugoslawien in Europa kaum noch etwas zu spüren. Unsere Toleranz und Liberalität gilt immer dann, wenn eigene Ansprüche untermauert werden sollen. Wir unterscheiden uns nur graduell von denen, die eben vorführen, wie überzogene nationale oder religiöse Vorbehalte instrumentalisierbar sind. Ihre katastrophalen Auswirkungen hat dann angeblich nie einer gewollt.

Klaus-Peter Schwarz: Die tschechische Frage. Debatte über Kollaboration und Vertreibung in Prag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04. Februar 2006, S: 14.

Hans Mommsen: "Wir brauchen kein Zentrum". Harsche Kritik am Ausstellungskonzept des Bundes der Vertriebenen., in: Süddeutsche Zeitung, 01. Februar 2006, S. 2.

Constanz von Bullion: Geste des guten Willens. Mit einem neuen Ausstellungskonzept kommt der Bund der Vertriebenen seinen Kritikern entgegen, in: Süddeutsche Zeitung, 01. Februar 2006, S. 2.

Thomas Urban: "Der Henker will sich als Opfer darstellen". Die polnische Regierung will die deutschen Pläne keinesfalls unterstützen und moniert Geschichtsverfälschung, in: Süddeutsche Zeitung, 01. Februar 2006, S. 2.

Thomas Urban: Netzwerk der Erinnerung. Das Projekt von Rot-Grün, in: Süddeutsche Zeitung, 01. Februar 2006, S. 2.

Matthias Arning: Ausstellung zu Vertreibungen. Steinbach will Schicksale zeigen, in: Frankfurter Rundschau online, 01. Februar 2006.

Christian Semler: Sprache der Gefühle. "Zentrum gegen Vertreibungen" plant Ausstellung mit europäischer Perspektive, aber ohne den Holocaust, in: die tageszeitung, 01. Februar 2006, S. 6.

<http://www.taz.de/pt/2006/02/01/a0095.1/text.ges,1>

[...] Steinbach wie auch die Publizistin Helga Hirsch, Mitglied des "wissenschaftlichen Beirats", hoben hervor, dass es zwischen dem Ausstellungsprojekt des BdV und der gegenwärtig laufenden Vertriebenenausstellung des Bonner Hauses der Geschichte weder ein Konkurrenzverhältnis noch inhaltliche Überschneidungen gebe. Denn die Bonner Ausstellung befasse sich ausschließlich mit Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten und dem östlichen Europa sowie dem oft schmerzvollen Prozess ihrer Integration im Nachkriegsdeutschland. In der Vergangenheit, so Hirsch, sei dem "Zentrum" stets der Vorwurf gemacht worden, es konzentriere sich einseitig auf das deutsche Vertriebenenschicksal und befördere die Haltung der Vertriebenen, sich in ihrer Opferrolle einzumauern. Jetzt sei es das Projekt des BdV, das das deutsche Vertriebenenschicksal in den europäischen Kontext stelle und den Weg öffne für die Verständigung aller Vertriebenenopfer. [...]

Januar

Sebastian Bickerich: Vertriebene erhalten Räume vom Bund. Umstrittenes Zentrum plant Ausstellung, in: Der Tagesspiegel, 31. Januar 2006, S. 4.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/31.01.2006/2322648.asp>

[...] Trotz andauernden Streits um Konzeption und Trägerschaft will die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach (CDU), im Sommer eine Ausstellung im Rahmen des „Zentrums gegen Vertreibungen“ eröffnen. Unter dem Namen „Das Jahrhundert der Vertreibungen“ startet die dreimonatige Schau am 10. August im Berliner Kronprinzenpalais. Das bestätigte der Kurator, der Historiker Wilfried Rogasch. Ursprünglich sollte die Ausstellung in der St. Michaelkirche gezeigt werden, nach einem Streit um die Nutzung der Kirchenräume mit dem Erzbischof Berlin war dies verworfen worden. Das Kronprinzenpalais gehört dem Bund und wird für zeithistorische Ausstellungen genutzt.

„Das Jahrhundert der Vertreibungen“ stellt die Vertreibungen Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg in den Zusammenhang „unterschiedlicher Erscheinungsformen von Flucht und Vertreibungen“ im 20. Jahrhundert, heißt es in der Konzeption der Ausstellung, die Steinbach

an diesem Dienstag vorstellen will. Dazu werden vom Genozid an den Armeniern 1915 in der Türkei bis zu „ethnischen Säuberungen“ in Ex-Jugoslawien in den neunziger Jahren neun Vertreibungszusammenhänge dargestellt. Die Vertreibungen Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg würden in einen „zeithistorischen Kontext gestellt“, der deutlich mache, dass die Geschichte der Vertreibungen von Deutschen nicht 1945, sondern 1939/40 beginne, heißt es weiter. [...]

Anna Reimann: Zentrum gegen Vertreibungen. Wanderausstellung soll Kritiker überzeugen, in: Spiegel online, 31. Januar 2006.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,398402,00.html>

pca.: Ausstellung zu Vertreibungen. Im Kronprinzenpalais werden 13 europäische Fälle dokumentiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Januar 2006, S. 2.

Norbert Mappes-Niediek: Fremd in allen Milieus (Buchbesprechung zu: Peter Glotz, Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers, Berlin 2005.), in: Der Freitag (03/06), 20. Januar 2006, S. 15.

<http://www.freitag.de/2006/03/06031501.php>

Bert Hoppe: Thorner Kathrinchen. Wo bleibt das Ausstellungskonzept des "Zentrums gegen Vertreibungen"?, in: Berliner Zeitung, 13. Januar 2006.

Hannes Schwenger: Verlorener Osten. Königsberg war der Ursprung der preußischen Toleranz: zwei Bücher wagen neue Blicke auf die Geschichte Ostpreußens, in: Der Tagesspiegel, 09. Januar 2006, S. 25.

epd: Zentrum in Berlin. Historiker W. Benz geißelt Pläne des Vertriebenenbunds, in: Frankfurter Rundschau online, 04. Januar 2006.

Peter Nowak: Geschichtsaufarbeitung in bayerischer Provinz. Hasstiraden nach Veranstaltung über Vertreibung der Sudetendeutschen, in: Neues Deutschland, 03. Januar 2006, S. 5.

"Der Geist der Städte". Der Historiker Karl Schlögel über den Aufschwung osteuropäischer Metropolen, die kulturelle Entdeckung des ehemaligen deutschen Ostens und den Umgang mit dem Vertriebenenthema, in: Der Spiegel (01/06), 02. Januar 2006, S. 132-134.

2005

Dezember

Johann Georg Reißmüller: Aus dem Bewußtsein getilgt. Warum die Vertriebenen zu "Neusiedlern" wurden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 2005, S. 8.

Merkel in Warschau. Kanzlerin wirbt für Vertreibungszentrum in Berlin, in: Frankfurter Rundschau, 05. Dezember 2005.

Thomas Roser (Warschau) und Knut Pries: An Polens Seite. Bei ihrem Antrittsbesuch in Warschau betont Kanzlerin Merkel die Bedeutung der bilateralen Aussöhnung, in: Frankfurter Rundschau, 03. Dezember 2005.

Gerhard Gnauck: Merkel verteidigt Erinnerung an Vertriebene. Bundeskanzlerin besucht Warschau - Beide Regierungen um Versöhnlichkeit bemüht - Ostsee-Pipeline bleibt strittig, in: Die Welt, 03. Dezember 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/12/03/812067.html>

Michael Jeismann: Zweierlei. Die gefühlte und die gewußte Geschichte der Vertreibung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. Dezember 2005, S. 39.

Thomas Urban: Zentrum für Verstimmungen. Unmut über Vertriebenen-Projekt, in: Süddeutsche Zeitung, 02. Dezember 2005, S. 2.

Joachim Käppner: Das verlorene Land. Warum ein Zentrum gegen Vertreibungen nicht nach den Wünschen der Vertriebenen möglich ist, in: Süddeutsche Zeitung, 02. Dezember 2005, S. 4.

Frank Herold: Vertriebene hoffen auf mehr Verständnis, in: Berliner Zeitung, 01. Dezember 2005, S. 7.

November

Annette Rammelsberger: Schwieriges Terrain. Angela Merkel in Polen: zentrales Problem ist das geplante Zentrum gegen Vertreibungen, in: Süddeutsche Zeitung, 29. November 2005, S. 5.

Siegfried Wolf: Offene Wunden. (Buchbesprechung zu: Bernhard Fisch, Die Striche des Josef W. Stalin. Vom Anteil der Kommunisten an der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, Berlin 2005.), in: Neues Deutschland, 26. November 2005, S. 14.

Gerhard Gnauck: Für eine Wiedervereinigung der Erinnerung. Im Krebsgang voran - das «Zentrum gegen Vertreibungen» und das «Netzwerk», in: Neue Zürcher Zeitung, 23. November 2005.

<http://www.nzz.ch/2005/11/23/fe/articleDCFB8.print.html>

[...] Es war eine schwierige Mission, mit der drei Ausstellungsmacher aus Berlin kürzlich nach Warschau kamen. Ihr Auftraggeber war das Zentrum gegen Vertreibungen, eine Stiftung, deren Gründung massgeblich von Erika Steinbach vorangetrieben wurde, der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Ziel der Reisenden war es, Archivmaterial für die erste Ausstellung des «Zentrums» zu suchen, die im Sommer 2006 in Berlin ihre Pforten öffnen soll. «Das Jahrhundert der Vertreibungen» lautet der Arbeitstitel; durch die Öffnung der Perspektive über das Leid deutscher Zivilisten hinaus soll dem Vorwurf des nationalen Egozentrismus begegnet werden.

Doch die breite Abwehrfront, die sich in den letzten Jahren in Polen gegen das «Zentrum» gebildet hatte, machte auch den Besuchern aus Berlin zu schaffen. Der Verdacht, die Deutschen schrieben ihre Geschichte um und wollten in die Rolle eines «Opfervolks» schlüpfen, ist in Polen fest verwurzelt. So schlug den Gästen in Warschau mehrfach scharfe Ablehnung entgegen. Das Jüdische Historische Institut verweigerte ihnen jegliche Zusammenarbeit. Der Leiter des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN), welches das

archivalische Erbe des auf polnischem Boden von 1939 bis 1989 verübten Unrechts hütet, fand keine Zeit für ein Treffen. [...]

Wie wird die Gedenkstätten-Landschaft in Ostmitteleuropa am Ende aussehen? Das Werden von «Zentrum» und «Netzwerk» hat etwas von einem länderübergreifenden Hase-und-Igel-Spiel. Wer das «Haus der Begegnungen mit der Geschichte» in der Warschauer Karowa-Strasse besucht, wird eine weitere Einsicht mitnehmen. In dieser Begegnungsstätte ist derzeit eine Ausstellung über die totalitären Schrecken des 20. Jahrhunderts zu sehen. Ein Kapitel behandelt, ohne jegliche Verharmlosung, die Vertreibung der Deutschen. Würde die Darstellung im Zentrum gegen Vertreibungen anders aussehen? Die Mitarbeiter des Zentrums lassen ihrer Phantasie freien Lauf: «Am Ende sitzen wir alle unter einem Dach, die Frage ist nur, wer dann die Posten und Pfründen in der Hand hat.»

Gerhard Gnauck: "Vertreibung nicht aus dem Kontext reißen". Das Europäische Netzwerk nimmt Gestalt an: Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Stiftungsrats, Andrzej Przewoznik, in: Die Welt, 23. November 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/11/23/807419.html>

Als vor zwei Jahren die Debatte um ein "Zentrum gegen Vertreibungen" hohe Wellen schlug, antworteten die Regierungen Deutschlands und Polens mit dem Vorschlag, ein "Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität" zu gründen. Nach dem Regierungswechsel in beiden Ländern soll es mit Leben gefüllt werden. Der polnische Historiker Andrzej Przewoznik wurde jetzt zum Vorsitzenden des Stiftungsrates gewählt. Mit Przewoznik sprach Gerhard Gnauck.

DIE WELT: Welche Länder sind an der Stiftung beteiligt?

Andrzej Przewoznik: Beteiligt sind Polen, Deutschland, die Slowakei und Ungarn. Wir warten noch auf eine Entscheidung von österreichischer Seite. Tschechien nimmt nicht teil, doch ich hoffe auf eine positive Antwort. Daneben haben wir den Wunsch nach Teilnahme auf Seiten der Ukraine, die ein Projekt über die große Hungersnot der dreißiger Jahre in diesem Land vorgeschlagen hat, und einige Interessenten in Litauen.

[...]

DIE WELT: Welche Rechtsform hat das Netzwerk bekommen?

Przewoznik: Wir haben uns auf die Form einer privaten Stiftung nach polnischem Recht geeinigt. Stifter ist der auch in Deutschland bekannte Künstler Jozef Szajna, ehemaliger Häftling von Auschwitz-Birkenau; er hat eine Summe gestiftet, die es ermöglichte, die Stiftung ins Leben zu rufen. Wir haben auch Finanzierungszusagen von Seite Polens und Deutschlands. Für den Anfang gibt es einen Stiftungsrat, dem je ein Koordinator für jedes beteiligte Land angehört, für Deutschland Professor Matthias Weber aus Oldenburg (vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa). Das Sekretariat wird sich in Warschau befinden. Bald werden wir Räume bekommen. Später wird noch ein wissenschaftlicher Beirat berufen werden. Wir haben auch bereits Projekte der Stiftung verabschiedet, die einen europäischen, multinationalen Charakter haben werden.

DIE WELT: Von konkreten Projekten war bisher nicht die Rede?

Przewoznik: Ein erstes multilaterales Projekt, das wir für Frühjahr 2006 planen, wird eine große Konferenz über Erinnerungsorte in Ostmitteleuropa sein. Dazu wird es auch Ausstellungen geben. Außerdem wollen wir eine Tagung und eine große Ausstellung zum

Thema "Zwangsmigrationen im europäischen Kontext" organisieren. Ein deutscher Vorschlag ist die Herausgabe eines Lexikons "Das Jahrhundert der Vertreibungen". Die ungarischen Kollegen haben eine Wanderausstellung vorgeschlagen, die unter dem Titel "Mit den Augen des Nachbarn" darstellen soll, wie verschiedene Völker einander sehen. Es sollen auch Publikationen übersetzt werden: Das in Polen geplante "Handbuch des kommunistischen Sicherheitsapparats in Mitteleuropa 1944-1989" soll in fünf Sprachen erscheinen, darunter auf Deutsch. Umgekehrt wird das Buch zu der Ausstellung "Flucht - Vertreibung - Integration" des Bonner Hauses der Geschichte, die in wenigen Tagen startet, ins Polnische übersetzt.

[...]

DIE WELT: Soeben waren die Ausstellungsmacher des geplanten "Zentrums gegen Vertreibungen" in Warschau. Können Sie sich, wie die scheidende Kulturstaatsministerin Weiss, eine Zusammenarbeit mit dem Zentrum vorstellen?

Przewoznik: Die Zentrums-Vertreter haben keinen Kontakt mit uns gesucht. Was eine Zusammenarbeit betrifft, will ich nichts ausschließen. Aber die Vertreibungen sind nicht das zentrale Problem der europäischen Geschichte, des europäischen Bewußtseins. Es gibt eine ganze Reihe von Problemen, welche die Europäer gemeinsam diskutieren müssen, ehe sich ein gemeinsames europäisches Bewußtsein herausbilden kann. Das Netzwerk will diesen Austausch über die Grenzen ermöglichen, nicht einem nationalen Monolog dienen. Diese Arbeiten sollen eine europäische Dimension haben.

[...]

K. Erik Franzen: Leiterwagen als Symbol. Neue Studie zum Thema "Flucht und Vertreibung", in: Frankfurter Rundschau, 19. November 2005, S. 18.

Matthias Stickler: Schwerste Schicksale. (Buchbesprechung zu: Marianne Weber, Frauen auf der Flucht, Bielefeld 2005.), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. November 2005, S. 8.

Günther Heydemann: Erzwungener Massenexodus. (Buchbesprechung zu: Micha Brumlik, Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen, Berlin 2005.), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. November 2005, S. 8.

Sven Felix Kellerhoff: Nur jeder Zehnte kennt das Ausmaß der Vertreibung. Eine Umfrage für das Bonner Haus der Geschichte, in: Die Welt, 11. November 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/11/11/801631.html>

Alexander Kissler: Gefühlte Wahrheit. Neue Studie korrigiert die Erinnerung an die Vertreibung, in: Süddeutsche Zeitung, 09. November 2005, S. 13.

Peter Carstens: Der Streit über das Erinnern an die Vertreibung dauert fort, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07. November 2005, S. 4.

AP: Thierse: Zentrum gegen Vertreibungen soll kein Geld vom Bund erhalten, in: Die Welt, 05. November 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/11/05/799117.html>

pca: "kein Geld für Vertriebenen-Zentrum". Thierse dementiert Berichte über Bundesmittel für Gedenkstätte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05. November 2005, S. 2.

Thomas Kröter: Kein Vertreibungszentrum, in: Frankfurter Rundschau, 04. November 2005, S. 4.

DW: Große Koalition für Vertriebenen-Gedenken, in: Die Welt, 03. November 2005.
<http://www.welt.de/data/2005/11/03/798258.html>

In Berlin soll nach dem Willen der kulturpolitischen Verhandlungspartner für die geplante große Koalition ein "sichtbares Zeichen" zum Gedenken an Vertreibungen gesetzt werden. Damit solle "im Geiste der Versöhnung" und "in Verbindung mit dem Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität über die bisher beteiligten Länder Polen, Ungarn, Tschechien, Österreich und Slowakei hinaus an das Unrecht von Vertreibungen erinnert und Vertreibung für immer geächtet werden". Ob das in Form einer Gedenkstätte, einer Ausstellung oder in anderer Form geschehe, sei noch offen, sagte Wolfgang Thierse (SPD). In der am Mittwoch zum Abschluß der schwarz-roten Koalitionsgespräche in der Arbeitsgruppe Kultur veröffentlichten Erklärung bekennt sich die Koalition "zur gesellschaftlichen sowie historischen Aufarbeitung von Zwangsemigration, Flucht und Vertreibung". Der Bund der Vertriebenen will in Berlin ungeachtet zahlreicher Proteste ein "Zentrum gegen Vertreibungen" errichten, was von der rot-grünen Bundesregierung abgelehnt worden war. [...]

Sebastian Bickerich: Kompromiss bei Erinnern an Vertreibung, in: Der Tagesspiegel, 03. November 2005, S. 4.

Mariam Lau: Erika Steinbach bestreitet Sinneswandel, in: Die Welt, 03. November 2005.
<http://www.welt.de/data/2005/11/03/798145.html?s=1>

DIE WELT: Im Streit um das "Zentrum gegen Vertreibungen" sollen Sie jetzt während der Koalitionsverhandlungen eingelenkt haben: nicht der Bund der Vertriebenen (BdV), sondern eine übergeordnete Stiftung soll der Träger sein. Was hat Sie zu diesem Sinneswandel bewogen?

Erika Steinbach: Da liegt ein Mißverständnis vor. Ich habe den Vorschlag gemacht, Vertriebenenrichtungen, die durch die Bundesregierung gefördert werden - zum Beispiel das Donau-Schwäbische Zentralmuseum, das Ostpreußische Landesmuseum und der BdV und das "Zentrum gegen Vertreibungen" - unter einem neuen Stiftungsdach zusammen zu fassen, mit Stiftungskapital des Bundes. Dadurch würde die Eigenständigkeit dieser Stiftungen nicht aufgehoben. Es könnte dazu beitragen, den Staat schlanker zu machen! Ob es dazu kommt - da bleibt ein großes Fragezeichen. [...]

Oktober

kps: Klaus verleiht Olbert Verdienstmedaille. Ehrung für Sudetendeutschen am tschech. Nationaltheater, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Oktober 2005, S. 4.

Sebastian Bickerich: Vertriebene zu Kompromiss bereit. "Zentrum gegen Vertreibungen" könnte öffentlich-rechtlich werden - ohne Steinbach als Vorsitzende, in: Der Tagesspiegel, 30. Oktober 2005, S. 4.

AFP: Streitobjekt Vertriebenenzentrum. Polens neuer Präsident fordert Verzicht auf das Projekt, in: Berliner Zeitung, 27. Oktober 2005, S. 7.

Polens neuer Präsident Kaczynski fordert Planungsstopp für „Zentrum gegen Vertreibung“, in: FAZ.net, 26. Oktober 2005.

<http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~ED2A5DEEFCAD F4D7F99425CB381DCEB7D~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

[...]

Kaczynski wies Vorwürfe zurück, er habe mit antideutschen Parolen die Präsidentenwahl gewonnen. Er sagte: „Ich bin ein Partner und ein Freund der Deutschen!“ Er habe nichts gegen die Deutschen. Er halte es jedoch mit Bundeskanzler Schröder (SPD), der einmal gesagt habe, es sei legitim, wenn ein deutscher Regierungschef deutsche Interessen verteidige. „Dieses Recht nehme ich auch für mich und mein Land in Anspruch“, sagte der Präsident.

Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, hat indes die Kritik Kaczynskis am geplanten Zentrum gegen Vertreibung scharf zurückgewiesen. Kaczynski sei nicht in Deutschland Präsident geworden, sagte sie der Chemnitzer „Freien Presse“. Für die Errichtung des neuen Dokumentationszentrums in der Mitte Berlins habe die Wahl in Polen „keinerlei Bedeutung“.

[...]

Nach Einschätzung Steinbachs haben Kaczynski und die neue Regierung alle Hände voll zu tun, „um die Versprechungen gegenüber der polnischen Bevölkerung zu erfüllen, was ihnen schwer fallen dürfte“. Die Vertriebenen und Deutschland als Feindbilder seien da ein „wunderbares Ablenkungsmanöver“, sagte Frau Steinbach.

Sie kündigte an, die landsmannschaftliche Arbeit ihrer Organisation in Polen nach der Wahl Kaczynskis nicht einzustellen. In Warschau habe es seit Jahren eine aufgeheizte Stimmung gegen Vertriebene gegeben. Die Zusammenarbeit mit zahlreichen polnischen Bürgermeister und Landräten sei jedoch ausgezeichnet

Richard Meng: "Vertreibungszentrum fallen lassen". Gesine Schwan über Polens neuen Ministerpräsident und deutsch-poln. Vergangenheitspolitik (Interview), in: Frankfurter Rundschau, 25. Oktober 2005, S. 6.

Thomas Urban: Helden und Opfer. Was die Wahl Kaczynskis zum poln. Präsident für das Zentr. gegen Vertreibung bedeutet, in: Süddeutsche Zeitung, 25. Oktober 2005, S. 13.

Damir Fras; Holger Schmale: "Anti-deutsche Stimmung ist nicht außer Kontrolle"

Interview mit der Polen-Beauftragten der Bundesregierung Gesine Schwan, in: Berliner Zeitung, 25. Oktober 2005, S. 2.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/1025/politik/0039/index.html>

POLEN - Die Zwillinge Lech und Jaroslaw Kaczynski bestimmen fortan die Politik im Nachbarland - zunächst wird eine Regierung gebildet. In Deutschland und in der EU sieht man die Entwicklung teils besorgt, teils gelassen.

Frau Schwan, welche Auswirkungen wird der Rechtsruck in Polen auf das deutsch-polnische Verhältnis haben?

Wir sollten in Ruhe schauen, wo die wirklichen Gegensätze liegen und wo wir es mit Wahlkampfparolen zu tun haben. Ich glaube, gerade diese anti-deutschen Pointen der vergangenen Wochen waren Rhetorik, von der wir bald nicht mehr viel hören werden. Das wird sich mäßigen.

Wo liegen die Hauptprobleme?

Da sind die Wiedergutmachungsforderungen der Preußischen Treuhand. Die werden zwar von keiner relevanten politischen Gruppe in Deutschland unterstützt. Aber sie sind im Zusammenhang mit dem geplanten Zentrum gegen Vertreibung zu sehen. Es wäre nicht gut, wenn die künftige Bundeskanzlerin Angela Merkel darauf bestünde, dass dies umgesetzt wird, wie es von der CDU gemeinsam mit den Vertriebenenverbänden gefordert wird. Das wäre sehr störend.

[...]

S. Bickerich / R. Ciesinger / A. Meier: "Kein Öl ins Feuer gießen". Deutsche Politiker hoffen, dass nach den Präsidentschaftswahlen das Verhältnis zu Polen intakt bleibt, in: Der Tagesspiegel, 25. Oktober 2005, S. 5.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/25.10.2005/2134708.asp>

Hanno Harnisch: Die Angst kam immer mit. (Buchbesprechung zu: Sebastian Krumbiegel (Hg.): Hoffnung säen. Lebensgeschichten von Flüchtlingen, Hamburg 2005.), in: Neues Deutschland, 18. Oktober 2005, S. 3f.

Marek Edelmann: "Die Deutschen müssen Buße tun". Überlebender des Warschauer Aufstandes über die deutsch-polnischen Beziehungen und Vertriebene, in: Frankfurter Rundschau, 17. Oktober 2005, S. 7.

AFP: "Preußische Treuhand" findet keinen Anwalt. Klagen in Straßburg geplant, in: Berliner Zeitung, 13. Oktober 2005.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/politik/491094.html>

ks/Verlag: Fremde Heimat. (Buchbesprechung zu: Wagner, Mathias; Kossert, Andreas; Lachauer, Ulla: Fremde Heimat. Alltag in einem masurischen Dorf, Bildband, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2004), in: Das Parlament (41/2005), 10. Oktober 2005, S. 19.

Karlheinz Lau: Als es keine Deutschen mehr gab. (Buchbesprechung zu: Lachauer, Ulla; von Arburg, Adrian; Borodziej, Wlozimierz: Als die Deutschen weg waren. Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland, Berlin 2005.), in: Das Parlament (41/2005), 10. Oktober 2005, S. 19.

<http://www.das-parlament.de/2005/41/DaspolitischeBuch/005.html>

Birgitt von Maltzahn: Drei Tage, die ein Leben verändern. (Buchbesprechung zu: Gudrun Pausewang, Überleben, 2005.), in: Süddeutsche Zeitung, 04. Oktober 2005, S. 35.

Gerd Herzog: Alte und neue Namen. Drei Orte nach der Vertreibung der Deutschen: Das Buch zur Fernsehserie (Buchbesprechung zu: Als die Deutschen weg waren. Das Buch zur Fernsehserie, Berlin 2005), in: Berliner Zeitung, 04. Oktober 2005, S. 27.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/1004/feuilleton/0043/index.html>

September

DW: Warschau billigt vertriebenen Ostpolen Entschädigung zu. Koalitionsgespräche beginnen mit Irritationen, in: Die Welt, 30. September 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/09/30/782443.html>

Straßburg/Warschau - Ostpolnische Vertriebene können mehr als 50 Jahre nach dem Verlust ihres Eigentums mit einer angemessenen Entschädigung rechnen. Wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg mitteilte, haben sich die Regierung in Warschau und der polnische Kläger Jerzy Broniowski nach einer Grundsatzentscheidung des Gerichtshofs aus dem vergangenen Jahr nun außergerichtlich geeinigt. Demnach erhält Broniowski eine Entschädigung von umgerechnet 54 300 Euro sowie 6100 Euro für Verfahrenskosten. Er hatte vor polnischen Gerichten vergeblich um eine Entschädigung für seinen Bauernhof im heute ukrainischen Lemberg (Lwow/Lviv) gekämpft.

Gleichzeitig brachte Polen nach den Angaben aus Straßburg ein neues Entschädigungsgesetz auf den Weg. Denn Broniowski ist nur einer von 80 000 Betroffenen, die bislang nicht oder zu gering entschädigt wurden. Die aus dem heutigen Litauen, Weißrußland und der Ukraine vertriebenen Ostpolen und deren Nachkommen sollen nun mit bis zu 20 Prozent des Wertes ihrer verlorenen Immobilien entschädigt werden.
[...]

Gernot Facius: "Ungeheuerlichkeiten". Steinbach empört über Äußerungen von Kardinal Lehmann zum Zentrum gegen Vertreibungen, in: Die Welt, 24. September 2005.
<http://www.welt.de/data/2005/09/24/780044.html>

Bonn/Fulda - Der Meinungsstreit um das in Berlin geplante "Zentrum gegen Vertreibungen" hat Gräben aufgerissen zwischen der Deutschen Bischofskonferenz und der Vertriebenenbund-Präsidentin Erika Steinbach (CDU).

Im Gespräch mit der WELT sagte die Unionspolitikerin, mit der in Fulda von deutschen und polnischen Bischöfen unterzeichneten Erklärung, die vor einem "Ungeist des Aufrechnens" von Schuld warnt, könne sie "sehr gut leben". Das gelte aber nicht für die Bewertungen des Zentrums-Projekts durch den Bischofskonferenz-Vorsitzenden, Kardinal Karl Lehmann. Sie warf diesem "Ungeheuerlichkeiten" vor. Der Kardinal hatte unter anderem erklärt, die Stiftung "Zentrum gegen Vertreibungen" habe sich zwar in der Person ihrer Vorsitzenden Steinbach von der umstrittenen "Preußischen Treuhand" distanziert, sei aber personell mit ihr verflochten. Die "Treuhand" möchte private Ansprüche Vertriebener in Polen geltend machen.

Außerdem meinte Lehmann, die Diskussion um das Zentrum müsse weitergeführt werden. Dabei dürfe es aber bis in den Titel hinein nicht nur um Vertreibungen gehen, sondern auch um Versöhnung, und es müsse die europäische Dimension einbezogen werden. In diesem Sinne hatte sich auch schon der Berliner Erzbischof Kardinal Georg Sterzinsky geäußert, der die Bereitstellung eines Teils der geschichtsträchtigen Sankt-Michaelskirche in der Bundeshauptstadt als Standort des Zentrums ablehnte. Steinbach sagte, Lehmann und Sterzinsky seien seit langem über die wahren Intentionen der von ihr und dem inzwischen verstorbenen früheren SPD-Politiker Peter Glotz vor fünf Jahren gegründeten Stiftung genauestens informiert. Der Aufruf zu dem Informations- und Dokumentationsprojekt beginne mit den Worten "Im Geiste der Versöhnung ..." Und auch die europäische Dimension sei von Anfang an berücksichtigt. Wider besseres Wissen werde dies ignoriert. Im übrigen könne von einer personellen Verflechtung von Stiftung und "Preußischer Treuhand" nicht die Rede sein, betonte die Vertriebenenpolitikerin. Auch darüber sei Lehmann wohlinformiert. Steinbach erinnerte den Kardinal an das achte Gebot des Dekalogs: "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden!"

[...]

Andrea Dunai: Bunte Gedächtniskulturen. (Buchbesprechung zu: Christoph Cornelißen, Roman Holec, Jiri Pesek (Hg.), Diktatur-Krieg-Vertreibung. Erinnerungskulturen in

Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005.), in: Das Parlament (38/39-05), 23. September 2005, S. 14.

Matthias Drobinski: Lehmann: Vertreibungszentrum nur im Einklang mit Polen, in: Süddeutsche Zeitung, 22. September 2005, S. 5.

August

Sebastian Bickerich: Deutsch-polnische Empfindlichkeiten. Köhler versucht Vorbehalte gegen den Plan für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Deutschland zu zerstreuen, in: Der Tagesspiegel, 31. August 2005, S. 7.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/31.08.2005/art>

„Der Aleksander macht das ganz geschickt“, lobte Bundespräsident Horst Köhler die handwerklichen Fähigkeiten des polnischen Präsidenten Kwasniewski. Mit Arbeitshandschuhen mauerten beide am Dienstag den Schlussstein bei der Grundsteinlegung der neuen deutschen Botschaft in Warschau ein, die für rund 18 Millionen Euro am alten Warschauer Königsweg errichtet wird. Doch auch Köhler mühte sich um Geschick, um im Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen eine Mittlerrolle zwischen Gegnern und Befürwortern einzunehmen. Am ersten Tag seines Staatsbesuches stand die Auseinandersetzung um das vom Bund der Vertriebenen (BdV) geplante und von Polen abgelehnte Projekt ganz im Mittelpunkt seiner Gespräche mit Präsident Kwasniewski.

Niemand in Deutschland wolle die Geschichte umdeuten und aus Tätern Opfern machen – das sei „unbestritten“, sagte Köhler nach seinem Gespräch mit seinem polnischen Amtskollegen in Warschau. Dies gelte auch für den Bund der Vertriebenen. Kwasniewski bekräftigte dagegen die „grundsätzlichen Zweifel“ Polens gegenüber einem Zentrum gegen Vertreibungen. Es sei „beunruhigend“, wenn das Projekt weiterhin unter der Führung von BdV-Präsidentin Erika Steinbach geplant werde.

Köhler warb um Verständnis für die „Lebensschicksale von Deutschen, die in folge deutschen Unrechts ihre Heimat verloren haben“. Auch sie hätten „Anteilnahme verdient“. Allerdings könne die Aufarbeitung der Vergangenheit nur gemeinsam und „allein im europäischen Dialog über das ganze 20. Jahrhundert verstanden werden“. Köhler stellte sich damit wie sein Amtskollege hinter die so genannte „Danziger Erklärung“ Kwasniewskis und von Köhlers Amtsvorgänger Johannes Rau, die einen europäischen Ansatz des Gedenkens befürwortet und zur Gründung des von vier Staaten initiierten „Europäischen Netzwerks für Gedenken und Solidarität“ führte. Das Netzwerk, das Gedenkorte und Museen in Polen, Deutschland, der Slowakei und Ungarn zusammenfassen soll, die sich mit Kriegsursachen und Vertreibung auseinandersetzen, soll nach Informationen des Tagesspiegels noch Mitte September und damit vor der Bundestagswahl offiziell seine Arbeit aufnehmen. Kulturstaatsministerin Christina Weiss werde in Kürze zu einer Gründungsfeier nach Warschau reisen, hieß es aus Delegationskreisen. Eine etwaige Beteiligung des Zentrums an dem Gedenkstätten-Netzwerk werde jedoch momentan nicht erwogen, hieß es. [...]

Sebastian Bickerich: 25 Jahre Solidarnosc. Ein Jubiläum und seine Folgen. Ein Fest der Solidarität. Bundespräsident Köhler reist zum Jubiläum in Danzig. Polen erwartet auch ein Wort zur Vertriebenenfrage, in: Der Tagesspiegel, 30. August 2005, S. 7.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/30.08.2005/art>

Jan Schulz-Ojala: Befreite Geschichte. Ortstermin in Warschau: Warum Polen und Deutsche sich immer noch miteinander schwer tun, in: Der Tagesspiegel, 30. August 2005,

S. 24.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/30.08.2005/art>

Man fühlt sich wie im Krieg, und das ist Absicht. Mit simulierten Bombenabwürfen und Gewehrfeuer vom Tonband, mit nachgebauten Unterständen und Kanalisationsschächten schickt das Museum seine Besucher auf Zeitreise – in den Warschauer Aufstand im August und September 1944. Damals wurden 15000 Untergrundsoldaten und knapp 200000 Zivilisten von deutschen Soldaten getötet, während die Rote Armee am jenseitigen Weichselufer das Ende der aussichtslosen Rebellion abwartete. Nur in einem Raum des Museums kommt das lärmende Multimedia-Spektakel ein bisschen zur Ruhe: im lichten Zimmer für die Allerjüngsten. Der Feind ist da bloß eine Wandzeichnung: „Niemyca“, Deutschland, steht unter dem Bild dreier Soldaten. Sie halten das Gewehr im Anschlag, nach links, nach rechts, nach vorne.

[...]

Wenn Bundespräsident Köhler jetzt nach Polen reist, werden sich erneut Geschichtsbilder vor die Gegenwart schieben. Bilder von Unterdrückung und äußerstem Widerstandswillen: Sie schärfen die – historische und politische – Perspektive. Scharfsinn kommt hinzu, von begründetem Argwohn kaum zu unterscheiden, der auch das Verhältnis zu Deutschland wieder überwölbt. Da mag in den Kohl'schen Jahren noch so viel Versöhnung propagiert worden sein, da mag die jetzige Regierung ein Deutsch-Polnisches Jahr mit Tausenden von Kulturbegegnungen ausgerufen haben: Es ist der Plan eines Zentrums gegen Vertreibungen, das die Polen an den Deutschen derzeit manchmal verzweifeln lässt. Der Wunsch des Bundes der Vertriebenen (BDV), in Berlin ein Museum zu bauen, rührt für die Polen an ein historisches Trauma.

Seit fünf Jahren trommelt BDV-Präsidentin Erika Steinbach, zugleich Mitglied im CDU-Bundesvorstand, für ein solches Zentrum, das das „national erfahrbare Schicksal der deutschen Vertriebenen“ in den Mittelpunkt rücken will. Nicht nur Irena Lipowicz sieht da einen deutschen „Tempel der Leiden“ entstehen. Der Europa-Experte Marek Cichocki erinnert zudem an die heikle Nachbarschaft zum Holocaust-Mahnmal und mahnt diskret, die polnischen Vorbehalte seien womöglich „leichter lösbar“, wenn die Deutschen endlich die Topografie des Terrors fertig stellen würden. Harmonisierenden Hinweisen, auch die Polen hätten doch nach dem Krieg ihre Ostgebiete – an die damalige Sowjetunion – verloren, mithin diese eine Gemeinsamkeit mit den Deutschen, begegnet er mit einem schmerzhaft unabweisbaren Unterschied: „Die Vertreibung ist nicht das Schlimmste, was den Polen im Zweiten Weltkrieg passiert ist.“

Mittlerweile tauchen, so Lipowicz, in den deutsch-polnischen Grenzgebieten rechtsradikale Flugblätter auf: Selbst ernannte „Exilregierungen“ propagieren da den Marsch über Oder und Neiße. Die um die deutsch-polnische Verständigung bangende Expertin fürchtet, dass diese Flugblätter bald in „Fakt“ publiziert werden. Das mit täglich 600000 Exemplaren erscheinende Boulevardblatt aus dem Springer-Konzern mache immer wieder mit antideutscher Stimmung Auflage.

Da ist er wieder, der bis an die Zähne bewaffnete Deutsche: Er mag im Warschauer Aufstandsmuseum nur eine an die Wand gekritzelte Zeichnung sein. Geschichte, richtig Geschichte, wird er für die Polen nie.

Peter Glotz: Abschied an einem strahlenden Herbstmorgen. Wie Peter Glotz als Kind den Verlust der Heimat im Sudetenland erlebte: Auszüge aus seinen Erinnerungen, in: Süddeutsche Zeitung, 27. August 2005, S. 13.

Klaus Brill: Courage in Prag. Nach Tschechiens Entschuldigung müssen nun auch die Sudetendeutschen zur Versöhnung beitragen, in: Süddeutsche Zeitung, 26. August 2005, S.

4.

Karl-Peter Schwarz: Eines ist sie nicht. Prag entschuldigt sich bei den deutschen "Antifaschisten" - und hält an der Vertreibung fest, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. August 2005, S. 10.

Hans-Jörg Schmidt: Prag ehrt symbolisch sudetendeutsche Antifaschisten, in: Die Welt, 25. August 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/08/25/765066.html?s=1>

Prag - -Die tschechische Regierung hat ein Zeichen der Versöhnung gegenüber den ehemaligen Deutschen in der einstigen Tschechoslowakei gesetzt. Sie ehrte symbolisch die Verdienste der Antifaschisten unter den Sudetendeutschen während des Zweiten Weltkrieges, die aktiv gegen das NS-Regime aufgestanden waren. Es ist die erste derartige Geste Prags gegenüber früheren deutschen Mitbürgern, die größtenteils nach dem Zweiten Weltkrieg auf Geheiß des damaligen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benesch enteignet, entrechtet und vertrieben wurden. Etwa drei Millionen Sudetendeutsche waren auf Grundlage der so genannten Benesch-Dekrete von den Vertreibungen betroffen. Obwohl sich die Dekrete nicht auf NS-Gegner bezogen, wurden damals auch sudetendeutsche Sozialdemokraten, Kommunisten oder Geistliche vertrieben.

Zu dieser humanitären Geste sei Prag auch durch die versöhnliche Außenpolitik der rot-grünen Bundesregierung ermutigt worden, sagte Außenminister Cyril Svoboda. Die offizielle Ehrung der damaligen Antifaschisten sei ein Zeichen von Selbstreflexion.

[...]

Die Anerkennung der sudetendeutschen Antifaschisten stieß bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf vorsichtige Zustimmung. Hier wurde jedoch auch die Befürchtung geäußert, daß Prag mit der Geste versucht sei, "gute und weniger gute Sudetendeutsche" gegeneinander auszuspielen. Zustimmung erntete die Regierung in Prag für ihre Bereitschaft zur Versöhnung von Spitzenpolitikern aus Deutschland, Österreich und auch aus Polen.

Die Regierung machte zugleich 30 Millionen Kronen (eine Million Euro) frei. Das Geld soll dazu dienen, in den kommenden Jahren die Verdienste der sudetendeutschen Antifaschisten zu dokumentieren. Als eine der Nichtregierungsorganisationen, die sich um diese Aufgabe bewerben, hat sich das Collegium Bohemicum im nordböhmischen Usti (Aussig) ins Gespräch gebracht. Bis 2008 soll in der Stadt ein Zentrum für tschechisch-deutsche Studien entstehen. Schon im kommenden Jahr soll zu diesem Zweck mit der Rekonstruktion des städtischen Museums begonnen werden, wo das Collegium seinen Sitz nehmen will. Im ehemaligen Aussig lebten vor dem Krieg zu 90 Prozent Deutsche mit tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit. Erst unlängst hatte die Stadt mit einer Gedenktafel an die Deutschen erinnert, die dort vor 60 Jahren in einem der schlimmsten Nachkriegsmassaker von Tschechen bestialisch umgebracht worden waren.

Stefan Dietrich: "Mädchen, sei Still". (Buchbesprechung zu: Helga Hirsch, Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema, Hamburg 2004.), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. August 2005, S. 6.

„ Es gibt ein gemeinsames Interesse“. Die Vertreibungen sollten in einem Netzwerk erforscht werden, sagt der Historiker Martin Schulze Wessel, in: Der Tagesspiegel, 22. August 2005, S. 25.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/22.08.2005/2001991.asp>

„Es dürfe kein Erinnerungsverbot für die vertriebenen Deutschen geben, appellierte Kanzlerkandidatin Merkel jetzt an Polens Präsident Kwasniewski. Hat sie damit vielen Deutschen aus der Seele gesprochen?

Die Erinnerung der vertriebenen Deutschen wird in regionalen Museen, auf Treffen der Landsmannschaften und durch eine Vielzahl von Dokumentar-Sendungen im Fernsehen gepflegt. Dass es ein Tabu der Erinnerung für Vertriebene in Deutschland gebe, ist schlicht nicht zutreffend. Die Annahme, dass ein solches Tabu von polnischer Seite errichtet würde, ist irreführend. Für ein Dokumentationszentrum gegen Vertreibungen hätte man von Anfang an eine gemeinsame Lösung mit den östlichen Nachbarn Deutschlands suchen können und müssen.

Brauchen wir in Deutschland also keine nationale Dokumentationsstätte über die Vertreibungen?

Es gibt regionale Dokumentationsstätten wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg, das Oberschlesische Museum in Ratingen oder das Donauschwäbische Museum in Ulm. Demoskopische Untersuchungen zeigen, dass selbst unter den Vertriebenen die Kenntnis über diese Museen nicht allzu hoch ist. Dennoch: Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus dem östlichen Europa ist ein tiefer Einschnitt in der deutschen und europäischen Geschichte. Das Projekt eines nationalen Dokumentationszentrums ist berechtigt, sofern es im internationalen Dialog, ohne Nebenabsichten und mit einer überzeugenden Konzeption unternommen wird.

In Polen und auch in Tschechien wächst seit 1989 das öffentliche Interesse an den historischen Traditionen der ehemaligen deutschen Ostgebiete. Warum wird dann das von Erika Steinbach initiierte Berliner „Zentrum gegen Vertreibungen“ so angefeindet?

Die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird wesentlich vom Bund der Vertriebenen getragen. Während in der deutschen Öffentlichkeit der BdV, verglichen mit den Diskussionen der Siebziger- und Achtzigerjahre, an Akzeptanz gewinnt, wird er in der polnischen Öffentlichkeit nach wie vor ausgesprochen negativ gesehen. Durch die personelle Verflechtung mit der „Preußischen Treuhand“, die in Polen Besitzansprüche Deutscher einklagen will, gibt es für die Ablehnung von polnischer Seite auch einleuchtende Gründe. Die unter jüngeren Polen und Tschechen deutlich zunehmende Neigung, sich mit der Geschichte der Zwangsmigrationen unvoreingenommen zu beschäftigen, wird durch das geplante Zentrum in seiner bisherigen Konzeption und Trägerschaft eher konterkariert.

Polnische Kritiker beschwören die Gefahr, dass durch ein Vertreibungsmuseum die Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der deutsch-polnischen Beziehungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts umgewertet werden soll – zu Recht?

Die Befürchtung richtet sich darauf, dass in der kollektiven Erinnerung des Zweiten Weltkriegs nur die Shoa und die Vertreibung der Deutschen tradiert werden. Die unermesslichen Gräueltaten NS-Deutschlands an der polnischen Bevölkerung, die systematische Zerstörung polnischer Kultur sind in Deutschland in viel zu geringem Maße bekannt.

Die Initiatoren des Zentrums wollen nicht allein die Aussiedlung der Deutschen, sondern auch „Vertreibung und Genozid an anderen Völkern“ im 20. Jahrhundert dokumentieren. Wird dadurch die Schuld der Deutschen am Zweiten Weltkrieg relativiert?

Es kommt auf das Konzept des Zentrums an, das immer noch nicht in der notwendigen Präzision vorliegt. Zur „europäischen Dimension“ der Vertreibungen hat die Stiftung eine schlichte Tabelle ins Netz gestellt, die Zahlenkolonnen mit zugehörigen nationalen Opfer- und Tätergruppen enthält, mehr nicht. Die schwierige konzeptionelle Frage ist ja, wie stellt man Vertreibungen mit sehr verschiedenen historischen Kontexten nebeneinander, ohne die spezifischen Ursachen und Folgen zu verwischen? Darauf gibt es bislang keine Antwort. Es besteht die Gefahr, dass in einer durch Einzelschicksale illustrierten Dokumentation die historischen Kontexte nur unzureichend vorkommen.

[...]

Warum ist eine vergleichende europäische Vertreibungsforschung trotzdem sinnvoll?

Eine vergleichende Vertreibungsforschung, die die Unterschiede zwischen Vertreibungsvorgängen untersucht, wird ja schon betrieben. Auch das von Kulturstaatsministerin Weiss geplante Netzwerk „Erinnerung und Solidarität“ hat sich das zur Aufgabe gemacht. In dem Netzwerk sollen historische Institute und Museen europaweit über Themen wie Vertreibungen, Zwangsmigrationen, Diktaturen und Leiden der Zivilbevölkerungen im Krieg forschen und Ausstellungen erarbeiten. Die Arbeit soll von einer Stiftung mit Sitz in Warschau getragen werden. Es ist zu hoffen, dass dieses Gemeinschaftsprojekt unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen weiter gefördert wird. Nur durch dialogisch angelegte Strukturen ist eine unvoreingenommene Diskussion über Vertreibungen in Deutschland und seinen östlichen Nachbarländern zu fördern. Und nur so kann es gelingen, dass sich die Geschichtsbilder vom 20. Jahrhundert in Mitteleuropa einander annähern – was nach dem EU-Beitritt Polens und Tschechiens noch wichtiger ist als zuvor.

[...]

Das Berliner Zentrum soll auch dokumentieren, wie sich Deutschland durch die Integration der Vertriebenen verändert hat. Welche gesellschaftlichen Auswirkungen sind bis heute spürbar?

Die Wirkungen sind sicher vielfältig, aber auch schwer abzuschätzen. Unmittelbar nach dem Krieg war vor allem wichtig, dass die Vertriebenen den Arbeitskräftemangel in Deutschland ausgeglichen haben. Darüber hinaus kam es teilweise zu einem Transfer von Know-how, wenn sich Vertriebene aus industriellen oder gewerblich geprägten Gebieten in ländlichen westdeutschen Gebieten niederließen. Schließlich ist ein Effekt der Integration der Vertriebenen darin zu sehen, dass die homogen-konfessionelle Prägung vieler Gebiete in Deutschland deutlich nachließ.

Das Gespräch führte Amory Burchard.

Markus Ackeret: Archivadokumente über die Deutschen im Nachkriegspolen.

(Buchbesprechung zu: Włodzimierz Borodziej, Hans Lemberg (Hg.): «Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden . . .». Dokumente aus polnischen Archiven, Band 3: Wojewodschaft Posen, Wojewodschaft Stettin (Hinterpommern), Marburg 2004.), in: Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2005.

<http://www.nzz.ch/2005/08/20/fe/articleD1YNQ.html>

Claus Leggewie; Erik Meyer: Ein Mahnmal gegen Vertreibungen in Berlin? Die CDU will einen geschichtspolitischen Akzent setzen, in: Neue Zürcher Zeitung, 20. August 2005.

Joseph Neumann; Dieter Kosmalla; Roland Chmelirsch: Auf Hilfsbereitschaft haben wir vergeblich gehofft. Nach der Flucht oder Zwangsaussiedlung der schwere Neuanfang

unter fremden Landsleuten am fremden Ort - deutsche Vertriebene erinnern sich, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. August 2005, S. 6.

Frank Herold: Unerwartetes Hindernis kurz vor dem Ziel. Der Vertriebenenbund will ein "Zentrum gegen Vertreibungen" - er bekommt eine Ausstellung, in: Berliner Zeitung, 18. August 2005, S. 4.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0818/politik/0025/index.html>

Nach fünf Jahren unablässigen Streits und internationalen Verwicklungen glaubte sich die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen endlich am Ziel. Das "Zentrum gegen Vertreibungen", verkündete Erika Steinbach gerade, werde in die St.-Michael-Kirche einziehen. Bereits im Mai zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen hatte sie gesagt, in Berlin sei eine "wunderschöne Liegenschaft" für das Projekt, ihren politischen Lebenstraum, gefunden. Konkreter mochte sie nicht werden, denn schon einmal hatten die Vertriebenen einen Ort in Berlin ins Auge gefasst und waren abgeblitzt. Der Kauf des "Fichtebunkers" in der Nähe des Südsterns kam vor zwei Jahren nach Protesten der Anwohner nicht zu Stande. Jetzt sieht es wieder so aus, als wäre Frau Steinbach voreilig gewesen. Einer Vermietung für eine langfristige Ausstellung stimmt die katholische Kirche zu. Dem Gedanken an einen - viel lukrativeren - Erbpachtvertrag für besagtes Zentrum widersteht das Erzbischöfliche Ordinariat trotz seiner Finanznot.

Das ist eine in vieler Hinsicht gute Entscheidung. Zunächst ist es wichtig, dass es eine solche Ausstellung geben wird. Erst diese wird dann zeigen, wie die Vertriebenen sich eine Stätte des Erinnerns und Gedenkens an ein schreckliches Kapitel der Geschichte vorstellen: als eine Art gigantische Heimatstube, wie sie sich wohl viele der aus ehemals deutschen Gebieten Geflohenen und Vertriebenen wünschen, als einen Platz der Versöhnung, an dem das Leid aller 60 bis 80 Millionen europäischen Vertreibungsoffer des letzten Jahrhunderts dokumentiert wird, wie Frau Steinbach immer wieder versichert oder als Versuch, die Geschichte des zweiten Weltkrieges umzuschreiben und aus Tätern Opfer zu machen, wie polnische und tschechische Politiker fürchten.

Die Besorgnisse haben Präsident Aleksander Kwasniewski und sein möglicher Nachfolger Donald Tusk bei der Stippvisite Angela Merkels in Warschau noch einmal deutlich formuliert. Wie emotional aufgeladen die Stimmung weiterhin ist, zeigt ein Aufruf, den die national-konservative Sejm-Abgeordnete Dorota Arciszewska-Mielewczyk gerade veröffentlicht hat. Sie fordert eine Kollekte in allen polnischen Kirchen, um den klammen Berliner Glaubensbrüdern die Michael-Kirche abzukaufen, damit sie der Vertriebenenbund nicht bekommt.

Dieser hat sich bisher als wenig sensibel für die Ängste der Nachbarn gezeigt. Tatsächlich aber begann in den letzten Jahren in Deutschland ein Prozess, diesen Teil der Geschichte, Flucht und Vertreibung von 12 bis 15 Millionen Deutschen, wieder oder neu zur Kenntnis zu nehmen - nach allen Richtungen. Und genau das ist das Problem, das unsere Nachbarn damit haben: Es ist zweifellos notwendig, sich des Heimtagverlustes von Millionen Deutschen und der ihm folgenden Integrationsleistung zu erinnern. Die hat übrigens nicht nur in der Bundesrepublik sondern auch - das wird gerne vergessen - in der DDR stattgefunden. Aber es gibt eben nicht nur legitimes Gedenken, nicht nur die literarische Aufhebung im Roman eines Günter Grass, sondern auch die Entschädigungsforderungen einer Preußischen Treuhand. Das muss - gelinde gesagt - für Verwirrung sorgen.

Deshalb ist es gut, dass die Installierung eines "Zentrums gegen Vertreibungen" noch einmal vertagt wurde. Aber sie steht im Wahlprogramm der CDU. Wenn ihre Partei die Wahl gewinnt, hofft Frau Steinbach auf Bundesmittel oder gar die Überlassung einer Immobilie des Bundes für ihren Plan. Zuvor jedoch muss ein wirklich europäischer Ansatz für die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Vertreibungen gefunden werden. Die Einladung an polnische Historiker, an dem deutschen Projekt mitzutun, ist bei weitem nicht genug.

Gunter Hofmann: Mehr Mut. Merkels "Ja" zum Zentrum gegen Vertreibungen, in: Die Zeit (34/3005), 18. August 2005, S. 33.

http://www.zeit.de/2005/34/Spitze_34

Eilig vor dem Warschau-Besuch Angela Merkels ist publik gemacht worden, für das lange umstrittene »Zentrum gegen Vertreibungen« sei nun ein Ort gefunden: die Sankt-Michaelis-Kirche zwischen Berlin-Mitte und Kreuzberg. Man könne den Plänen der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen nicht zustimmen, wurde jedoch Erzbischof Sterzinsky im *Tagesspiegel* zitiert, solange kein gesellschaftlicher Konsens bestehe und nicht hinreichend klar sei, was mit dem Zentrum gemeint ist. Hinter dem Streit um die Kirche steckt mehr. Die katholischen Bischöfe wollen im September mit ihren polnischen Kollegen an den 40. Jahrestag der epochalen gemeinsamen Erklärung »Wir vergeben und bitten um Vergebung« erinnern. Das heißt: Ratzingers Kirche will, aus vielerlei Gründen, gerade jetzt den Brückenschlag. Und Angela Merkel? Ihre mühsamst und penibel austarierte Kompromissformel lautete auch in Warschau: Ja zum »Zentrum«, aber keine Geschichtsrelativierung, Nein zum Vorgehen der Preußischen Treuhand, die Besitzansprüche von Deutschen in Polen vor Gericht durchpauken will. In dieser Hinsicht bekräftigt sie damit den Kanzler, auch wenn der eindeutig nein zum Zentrum sagt. Sollte sie dieses Nein später ihrer eigenen Partei abringen, wäre das viel. Dennoch wünscht man ihr mehr Mut.

Die angemessene Erinnerung an die Vertreibung, von der sie spricht, ist ja gar nicht das Problem. Das Problem ist vielmehr Erika Steinbach oder ihre Idée fixe. Viel von ihrem vermessenen Großprojekt musste Steinbach preisgeben. Gegen alle heimlichen Absichten würde das Kirchen-Zentrum auch kein Antipode zum Holocaust-Mahnmal. Dennoch gilt bislang: Dieses Zentrum gibt es nur im Paket. Man kauft verbrämten Revisionismus, Funktionärspolitik, moralische Unempfindlichkeit, nationale Ressentiments, sogar die Preußische Treuhand mit. Immer noch. Eine Formel, eine Form und einen Ort für die Anerkennung von Vertreibungsoffern hätte man auch mit Polen finden können und müssen. In Warschau wie in Berlin kündigen sich Regierungswechsel an. Bei der polnischen Rechten entbrennt heftiger Streit um die Deutschlandpolitik. Vielen scheint eine Merkel mit Zentrum lieber zu sein als ein Schröder ohne Zentrum. Was die Neuen in Polen denken, ist aber eine Sache für sich. Wie wir die beiderseitige Geschichte sehen und wozu wir sie nutzen, ist zunächst und zuerst unsere Angelegenheit. Ein taktischer Kompromiss der Neuen wäre aber kein bilateraler »Konsens«, der endlich dazu führte, dass man die »Geschichtspolitik« vergessen und auf dem gemeinsamen Umgang mit der Geschichte als europäische Nachbarn aufbauen kann. Taktik darf nicht »historische Wahrheit« ausstechen. Camouflage hilft nicht: Auf der ideologischen Basis von Erika Steinbach wäre die Michaelis-Kirche ein arger Rückschritt, auch wenn die Zeit der Erregungen nach den Wahlen in Warschau und Berlin vorbei sein sollte.

Tom Stroschneider: Opfermythos statt Versöhnung. Der Wahlkampf hat die Debatte über das "Zentrum gegen Vertreibungen" wieder angefacht, in: Neues Deutschland, 17. August 2005, S. 4.

mk: "Zentrum gegen Vertreibungen" soll nicht in Kirchenruine ziehen. Katholische Gemeinde will aber Ausstellung des Bundes erlauben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 2005, S. 2.

Matthias Kamann: Vertreibung. Kommentar, in: Die Welt, 17. August 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/08/17/761082.html>

Man darf vermuten, daß auch die Rücksicht auf die polnischen Gemeindemitglieder in seiner Berliner Diözese den Erzbischof Georg Sterzinsky bewogen hat, der dauerhaften Einrichtung des "Zentrums gegen Vertreibungen" in der Berliner Michaelskirche nicht zuzustimmen. Genauso ist zu vermuten, daß eine Kanzlerin Angela Merkel Rücksicht auf Polen nehmen muß, wenn es um das von der Union unterstützte Projekt der Vertriebenenpräsidentin Erika Steinbach (CDU) und des SPD-Politikers Peter Glotz geht. Es ist unwahrscheinlich, daß Frau Merkel nach einem Wahlsieg das ihr in Warschau auch gestern wegen ihrer europapolitischen Pläne signalisierte Wohlwollen durch unbedingten Einsatz für das Zentrum riskieren wird.

Wer eine einvernehmliche Lösung für das sinnvolle Projekt sucht, wird sich von der politischen Ebene entfernen müssen, auf der so wenig zu bewegen ist, daß sogar die weichgespülte "Netzwerk"-Idee der rot-grünen Bundesregierung in Osteuropa auf wenig Gegenliebe stieß. Man muß durch konkrete Schritte unterhalb offizieller Symbolik um Rückhalt werben. Dazu gibt es Ansätze: Im Winter wird das Bonner "Haus der Geschichte" eine Ausstellung zum Thema zeigen. Auch will die Gemeinde der Berliner Michaelskirche eine befristete Informationsschau der Zentrumsplaner zulassen. Beide Ausstellungen, davon ist auszugehen, werden so ausgewogen sein, daß danach in Polen kaum noch jemand von deutschem Revanchismus reden wird und sich über offizielle Titel und Institutionalisierungen wesentlich besser diskutieren läßt.

Das "Zentrum gegen Vertreibungen" wurde nicht als symbolisches Mahnmal, sondern als lebendiger Ausstellungs- und Diskussionsort entworfen. Dann sollte man auch keine nutzlosen Kämpfe um den symbolischen Akt seiner Einrichtung führen, sondern mit der lebendigen Arbeit beginnen.

Hmt/SB: Zentrum gegen Vertreibungen: Alle gegen CDU, in: Der Tagesspiegel, 16. August 2005, S. 1.

epd: Kirchen-Absage an Zentrum für Vertriebene, in: Neues Deutschland, 16. August 2005, S. 17.

Matthias Arning: Steinbach betont Idee der Versöhnung. Vertriebenen-Funktionärin präzisiert Pläne für Zentrum, in: Frankfurter Rundschau, 15. August 2005, S. 5.

pca: Zentrum gegen Vertreibungen soll in Berliner Kirche errichtet werden. Steinbach: ein versöhnliches Zeichen / Vollendung bis 2008 geplant, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. August 2005, S. 2.

Bund der Vertriebenen will St. Michael. In der Gemeinde gibt es dagegen Widerstand, in: Der Tagesspiegel, 14. August 2005, S. 10.

Norbert Klaschka: Merkel war Sympathie und Beifall sicher. Kanzlerkandidatin und Innenminister Schily warben am "Tag der Heimat" um die Vertriebenen, in: Neues Deutschland, 08. August 2005, S. 4.

Norbert Klaschka: Gedenken an die Vertreibung scheidet weiter die Geister. Schily und Merkel sprechen beim "Tag der Heimat", die größeren Sympathien gelten der CDU-Vorsitzenden, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 08. August 2005, S. 1+2.

dpa/ddp: Parteien streiten über Vertriebenen-Zentrum. Schily gegen "isolierte deutsche Veranstaltung" / Merkel sagt BdV Unterstützung zu, in: Süddeutsche Zeitung, 08. August 2005, S. 7.

Christian Semler: Anderer Blick zurück, in: die tageszeitung, 08. August 2005.

<http://www.taz.de/pt/2005/08/08/a0085.1/text>

Letztes Jahr hatte es beim "Tag der Heimat" des Bundes der Vertriebenen gekracht. Erika Steinbach mitsamt ihrem Projekt des "Zentrums gegen Vertreibungen" stand gegen den Ostpreußenchef Rudi Pawelka und dessen "Preußische Treuhand", die Entschädigungen für das nach 1945 enteignete Vertriebenenvermögen forderte. Gemeinsamer Buhmann war der Kanzler mitsamt seiner Versicherung, es gäbe keine offenen Vermögensfragen mehr im Verhältnis zu Polen und Tschechien. Das Vertriebenentreffen am Samstag in Berlin hatte das Motto "Vertreibungen weltweit ächten" gewählt. Diesmal herrschte beim größtenteils betagten, mehrtausendköpfigen Publikum eitel Harmonie. Und freudige Erwartung, dass die Kanzlerkandidatin Angela Merkel ihr Versprechen einlösen und das "Zentrum" tatkräftig unterstützen werde.

[...]

Im Übrigen flocht Steinbach das deutsche Vertriebenenschicksal in die Geschichte der großen Vertreibungen ein und betonte, dass im Licht der völkerrechtlichen Entwicklung heute Vertreibungen als schwerer Verstoß gegen die Menschenrechte angesehen würden. Dieser Argumentation konnte sich als Gastredner auch Otto Schily anschließen, der jedoch am Primat einer Verständigungspolitik festhielt. Er wies mit gebotennem Nachdruck auf den geschichtlichen *Vorlauf* der Vertreibungen in der Doktrin und Praxis nationalsozialistischer Bevölkerungspolitik hin. Auch unterließ es nicht, hier auf die Rolle des NS-Historikers Theodor Schieder zu verweisen, der nach 1945 zu den Autoren des vielbändigen Standardwerks zu den Vertreibungen gehörte. Damit berührte Schily einen wunden Punkt: die nach wie vor ausbleibende Beschäftigung des Bundes der Vertriebenen mit der Nazi-Vergangenheit vieler ihrer Funktionäre und Wegbegleiter. Das Zentrum gegen Vertreibungen wollte er nur unter einer europäischen Regie gelten lassen.

Auch Angela Merkel nahm den Faden der Geschichtspolitik auf und bescheinigte den Vertriebenen, durch ihre Zukunftsorientiertheit, ihren Verzicht auf Rache und Vergeltung so etwas wie Pionierarbeit geleistet zu haben. Sie verteidigte das "Zentrum gegen Vertreibungen" erneut mit dem Hinweis auf dessen internationale Ausrichtung. Das Zentrum stünde auch nicht in Konkurrenz mit anderen Unternehmungen. Kritische Stimmen in Polen und Tschechien könnten besänftigt werden. Der Menschenrechtspolitik von Rot-Grün gegenüber blieb ihre Kritik absichtsvoll-vage. Das Publikum war sowieso mit ihr einig.

Sebastian Bickerich: Richtiger gedenken. Die Vertriebenen treffen sich in Berlin - ihre neue Hoffnung heißt Angela Merkel, in: Der Tagesspiegel, 07. August 2005, S. 4.

"Wir lassen uns nicht provozieren". Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach fordert öffentliches Geld für das "Zentrum gegen Vertreibungen", in: Der Tagesspiegel, 06. August 2005, S. 3.

reb.: Streit in Sachsen über Vertreibung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04. August 2005, S. 4.

Rainer Koch: Tauwetter im Sudetenland. Signale für ein Umdenken Prags im Streit um die Vertreibung der Deutschen, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 04. August 2005, S. 4.

Sven F. Kellerhoff.: Was die Brücke von Aussig erzählt. Im Dezember eröffnet das Bonner "Haus der Geschichte" seine Ausstellung zu Vertreibung und Integration. Neue Bücher zum Thema gibt es schon jetzt, in: Die Welt, 03. August 2005.

<http://www.welt.de/data/2005/08/03/754363.html?s=1>

Thomas Görner: Als das Grauen Wahrheit war. Ein Buch über die Schrecken des Krieges und die Größe von Menschen (Buchbesprechung zu: Gerhard Birk, Gefrorene Tränen – Blutiger Schnee. Flucht und Vertreibung aus Schlesien, 2005), in: Neues Deutschland, 02. August 2005.

Klaus Brill: Wo die Vergangenheit im Fluß ist. Aussig vor 60 Jahren und heute, in: Süddeutsche Zeitung, 02. August 2005, S. 3.

SB: Rechtsfragen verzögern Aufbau der Vertriebenen-Stiftung, in: Der Tagesspiegel, 02. August 2005, S. 4.

maj: Sachsen-CDU unterstützt Zentrum gegen Vertreibung, in: Leipziger Volkszeitung, 01. August 2005.

AP: Länderübergreifende Stiftung für Zentrum gegen Vertreibung?, in: Der Tagesspiegel, 01. August 2005, S. 5.

Philipp Gessler: Streit um Vertriebene. Internationale Stiftung mit Sitz in Warschau fast perfekt. CDU-Chefin Merkel beharrt dagegen auf Zentrum in Berlin, in: die tageszeitung, 01. August, S. 7.

<http://www.taz.de/pt/2005/08/01/a0103.1/text>

Juli

Zora Hesová: Endlich erwachsen werden. Die geschichtliche Wahrheit ist oft gut verborgen, in: die tageszeitung, 30. Juli 2005.

<http://www.taz.de/pt/2005/07/30/a0176.1/text>

Sören Urbansky: Europa - ein gemeinsames Haus? Der Weltkongress der Osteuropa-Wissenschaftler in Berlin, in: Neue Zürcher Zeitung, 29. Juli 2005.

<http://www.nzz.ch/2005/07/29/fe/articleCZR5R.html>

Christian Esch: Wie Deutschland den Krieg gewann, in: Berliner Zeitung, 21. Juli 2005, S. 29.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0721/feuilleton/0054/index.html>

Am Dienstagabend hat Deutschland den Zweiten Weltkrieg unerwartet doch noch gewonnen. Glückwunsch! Ich darf behaupten, dabei gewesen zu sein, und ich war anschließend im Abendsonnenschein vor der Bayerischen Landesvertretung sogar einer der ganz wenigen Vertreter deutscher Stämme, die noch erfuhren, welches große Morgen unserem Volk bevorsteht.

Das "Zentrum gegen Vertreibungen" hatte eingeladen zur Diskussion "Potsdamer Konferenz - 60 Jahre danach". Es trafen aufeinander: Guido Knopp, Hitlers Chefdokumentarist im ZDF, als Moderator; fünf Fachleute, darunter der in Vertriebenenkreisen beliebte Völkerrechtler Alfred de Zayas; ein Saalvoll ältere Damen und Herren als Publikum. Vor allem aber trafen aufeinander Moral und Geschichte.

Knopp (mit ernster Stimme): Könnte es sein, dass in Potsdam Macht vor Recht ging? War das Völkerrecht auf der Verliererstraße? Die Historiker auf dem Podium versuchen, den Blickwinkel vom Völkerrecht auf den geschichtlichen Kontext zu öffnen. Dann ergreift das Publikum das Wort. Es löst die moralische Betrachtung von der Geschichte. Man interessiert sich hier nicht für Geschichte - das hieße ja, das Leid der Vergangenheit aus verschiedenen Winkeln zu sehen. Man will sich aber nicht in andere versetzen, man will sich in sich selbst versetzen. Der Krieg wird zum moralischen Wettstreit der Opfer.

Wie kann es sein, dass den Deutschen solches Unrecht geschah? Und wie konnten sich Demokraten, fragt ein junger Herr mit überschießender Empörung, mit Stalin an einen

Tisch setzen? Klatschen. Ein Herr mit Stentorstimme weiß, dass Benes schlimmer war als Hitler - das habe ihm Schachgroßmeister Ludek Pachmann selbst gesagt. Klatschen. Als Zayas verrät, dass die Polen die Deutschen schon vor dem Krieg vertreiben wollten, was der Welt durch den Lauf der Dinge leider verborgen blieb, ist der Zweite Weltkrieg endgültig gewonnen.

Das Publikum geht, am Ausgang reden ein Junge im Cordanzug und ein Mann in Jeanshemd auf eine Dame ein. Das Jeanshemd tobt: Sie sind keine richtige Deutsche, das hör ich doch! Der Cordanzug bebt: Die Polen werden unsere deutschen Gebiete nicht behalten, die Wahrheit muss raus, wir dürfen unsere Kinder nicht länger belügen! Er spricht mit Bibber in der Stimme, als hätte man ihn selbst gerade vertrieben. Das bleibt so nicht, da wird noch was Großes passieren! Die rechte Hand piekt Richtung Gegenüber, die Linke hält ein Laptop. Aber was ist es, das passieren wird? Das Bibbern verschwindet, er muss grinsen. Das kann er leider nicht so genau ausführen. Es hat jedenfalls damit zu tun, dass erstmal Amerika zusammenbricht. Wiedersehen!

Kurt Wernicke: Abendlandideologie. (Buchbesprechung zu: Micha Brumlik, Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen. Aufbau, Berlin 2005; Ulrich Völklein, Mitleid war von niemanden zu erwarten. Das Schicksal der deutschen Vertriebenen. Droemer, München 2005.), in: Neues Deutschland, 18. Juli 2005, S. 20.

Gregor Thum: Unerwartete Nachbarschaft. Die Vertreibung der Deutschen aus dem Blickwinkel polnischer Behörden: Lob einer Quellenedition. (Buchbesprechung zu: Wlodzimierz Borodziej und Hans Lemberg (Hrsg.), Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, 4 Bände, Herder Institut, Marburg, 2000-2004.), in: Berliner Zeitung, 18. Juli 2005, S. 27.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0718/feuilleton/0002/index.html>

Bert Hoppe: Ordnungsgemäß und human. Vor 60 Jahren wurde in Potsdam die Vertreibung der Deutschen nicht beschlossen, sondern bemäntelt, in: Berliner Zeitung, 16./17. Juli 2005, S. 29.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2005/0716/feuilleton/0008/index.html>

„Als Winston Churchill vor sechzig Jahren zur Potsdamer Konferenz reiste, seinem letzten Auftritt als siegreicher britischer Premier, sorgte er sich offensichtlich um das Bild, das die Nachwelt von ihm haben würde. Auf gar keinen Fall wollte er als Protagonist der "ethnischen Säuberung" Europas in die Geschichte eingehen. Gleich auf der ersten Sitzung im für die Tagung hastig renovierten Schloß Cecilienhof am 17. Juli 1945 kam er auf die Vertreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei zu sprechen und bekannte: "Ich habe große moralische Skrupel wegen der großen Wanderungen und der Umsiedlung der Bevölkerung."

Das Bekenntnis wird seine Gesprächspartner Stalin und Truman am Verhandlungstisch - das riesige Möbel war extra aus Moskau importiert worden - erstaunt haben. Denn bislang hatte es in der "Umsiedlungs"-Frage keine grundsätzlichen Differenzen zwischen den Siegermächten USA, Sowjetunion und Großbritannien gegeben. Wenige Monate zuvor hatten sich die "Großen Drei" schon im sowjetischen Badeort Jalta zu Verhandlungen über das Schicksal Deutschlands getroffen. Damals hatte Churchill Stalin jovial versichert, er sei, anders als die öffentliche Meinung seines Landes, keineswegs "schockiert" von der Idee, "Millionen von Menschen gewaltsam umzusiedeln."

[...]

Ein Vorbild für einen solchen "Transfer" gab es, und es war allen Politikern geläufig. Sollte man nicht, so hatte der amerikanische Präsident Roosevelt im Frühjahr 1943 angeregt, die Deutschen aus dem zukünftig polnischen Ostpreußen "auf dieselbe Weise entfernen, wie die Griechen nach dem letzten Krieg aus der Türkei entfernt wurden?" Roosevelt spielte auf den Vertrag von Lausanne 1923 an, mit dem der griechisch-türkische Krieg beendet und die wechselseitige Ausweisung der Minderheiten geregelt worden war. Aus alliierter Sicht war das ein Erfolgsmodell - schließlich herrschte in der Ägäis danach Ruhe.

Paradoxerweise wollten die polnische und die tschechische Exilregierung von solchen radikalen Lösungen zunächst nichts wissen. Der tschechische Präsident Edvard Benes plante noch 1943 die Ausweisung nur derjenigen Sudetendeutschen, die das NS-Regime aktiv unterstützt hatten. Von dieser Zurückhaltung hielt der britische Außenminister Eden nichts: Die Anwendung des Schuldprinzips, belehrte er Benes, könnte "das wünschenswerte Ausmaß der Bevölkerungsverschiebungen begrenzen."

Es erschreckt, mit welcher Selbstverständlichkeit demokratische Mächte "ethnische Säuberungen" als geeignetes Mittel betrachtete, um Minderheitenkonflikte zu lösen. Dieselbe Haltung zeigte sich noch fünfzig Jahre nach der Potsdamer Konferenz im Bosnienkrieg. Soeben hat man den zehnten Jahrestag des Massakers von Srebrenica begangen. Der Westen hatte damals die bosnische Enklave schon lange vor dem Zeitpunkt innerlich aufgegeben, an dem die serbischen Belagerer zum Sturm ansetzten. Sie galt ihm als unhaltbar. Mit einer Deportation der Einwohner "in ordnungsgemäßer und humaner Weise" - um das Potsdamer Abkommen zu zitieren - hätte er sich abgefunden. Erst das Massaker an tausenden Menschen, das größte Verbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, führte dem Westen vor Augen, dass es keine "humanen" Vertreibungen gibt und dass schöne Worte zum Schutz von Minderheiten nicht ausreichen.“

Jaroslav Polivka: Heftiger Disput der Prager Spitzenpolitiker. Präsident und Regierungschef streiten um eine Geste zu Gunsten deutscher Antifaschisten, in: Neues Deutschland, 16. Juli 2005.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=75064&IDC=2&DB=O2P>

Aus Polen Kritik am Wahlprogramm der Union. „Der Versuch, die Darstellung der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verändern.“/ Streit über Zentrum gegen Vertreibung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Juli 2005, S. 5.

„In Polen haben die beiden aussichtsreichsten Kandidaten zur Präsidentenwahl im Oktober, Wlodzimierz Cimoszewicz und Lech Kaczynski, am Donnerstag mit übereinstimmenden Argumenten das Wahlprogramm von CDU und CSU getadelt. Parlamentspräsident Cimoszewicz vom postkommunistischen Bund der Demokratischen Linken kritisierte im Gespräch mit dieser Zeitung die Entscheidung der Union, das Projekt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin zu unterstützen. Cimoszewicz, der gegenwärtig mit deutlichem Abstand in den Umfragen führt, stellte fest, „in diesem Punkt“ sei sich die polnische Linke mit der Rechten einig. „Wir fürchten, daß dieses Projekt zu dem Versuch führen könnte, die Darstellung der Geschichte des 20. Jahrhunderts zu verändern.“ Wenn eine große politische Kraft in Deutschland sich entschließe, ein solches Vorhaben zu unterstützen, könne er nur sagen: „Dies ist ein Fehler.“

[...]

CDU und CSU unterstützen in ihrem „Regierungsprogramm 2005-2009“ die Forderung deutscher Vertriebenenvertreter und insbesondere der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, mit einem „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin an das Schicksal Millionen von Deutschen zu erinnern, die als Folge des Zweiten Weltkrieges ihre

Heimat im heutigen Polen, in der Tschechischen Republik und in anderen Ländern verlassen mussten. In der entsprechenden Passage des Programms heißt es, die Vertriebenen hätten „eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn“. Die Unionsparteien wollten deshalb „im Geiste der Versöhnung mit einem Zentrum gegen Vertreibung in Berlin ein Zeichen setzen, um an das Unrecht von Vertreibung zu erinnern und gleichzeitig Vertreibung für immer zu ächten“.

[...]

Die Bundesregierung hat sich deshalb dem Berliner Bauvorhaben der Vertriebenenverbände nie angeschlossen. Statt dessen hat sie in Zusammenarbeit mit den Regierungen Polens, Ungarns und der Slowakei ein „Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ ins Leben gerufen, in dem die historische Aufarbeitung der Vertreibung international so koordiniert werden soll, daß der Zusammenhang mit den deutschen Verbrechen im besetzten Europa gewahrt bleibt. Das „Netzwerk“ wurde im vergangenen Februar gegründet und soll - mit Sitz in Warschau und unter der Führung eines polnischen Direktors - internationale Forschungsprojekte koordinieren sowie Konferenzen, Ausstellungen und Veröffentlichungen organisieren. Dabei sollen Institutionen aus allen Ländern mitarbeiten können. Allerdings hat auch dieser Ansatz mit der heftigen Abneigung osteuropäischer Regierungen gegen alle Arten von Erinnerung an die Vertreibung zu kämpfen. So hat sich etwa die tschechische Regierung nicht einmal an dem konsensorientierten Netzwerkprojekt der Bundesregierung beteiligen wollen.“

Hans Monath [u.a.]: Union will Zentrum gegen Vertreibung in Berlin. Standort im Wahlprogramm festgelegt. Kritik aus der SPD. Tschechischer Premier unterstreicht Willen zur Versöhnung, in: Der Tagesspiegel, 14. Juli 2005.

Sebastian Christ: Polen wettern gegen Programmpunkt der Union. Eine Forderung im CDU-Wahlprogramm birgt außenpolitischen Sprengstoff, in: Spiegel online, 13. Juli 2005.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,364885,00.html>

„Die Union hat das Zentrum gegen Vertreibungen gut versteckt. Seite 37, Punkt 6.1, letzter Absatz: "Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Osteuropa haben auch nach der Osterweiterung eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn", heißt es da. "Wir wollen im Geiste der Versöhnung mit dem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin ein Zeichen setzen."

Was auf den ersten Blick eher harmlos klingt, kann in Polen politische Erdbeben auslösen. Das Projekt von Erika Steinbach, christdemokratische Vorsitzende des Vertriebenenbundes (BdV), schürt in Polen Ängste. Dem BdV wird dort unterstellt, er fördere mit dem Projekt die Relativierung des deutschen Geschichtsbildes. [...]

Derweil wächst die Sorge, dass ein erneuter Streit ums Zentrum zur falschen Zeit kommen könnte. In beiden Ländern herrscht Wahlkampf - ein denkbar schlechter Zeitpunkt, um sensible Themen zu diskutieren. "Eine neue Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen würde schlechten Einfluss auf das Verhältnis beider Staaten haben. Und das gerade jetzt, wo es in der EU kriselt und wir Konsens bräuchten", sagt Anna Wolff-Poweska, Professorin für Geschichte und Politik am Posener West-Institut. "Mich wundert nicht, dass die CDU ein solches Zentrum fordert. Sie hat ja auch in der Vergangenheit nie verleugnet, dass sie das Projekt unterstützt."

Wolff-Poweska befürchtet, dass die Diskussion politisch instrumentalisiert werden könnte. "Die Parteien stehen da in der Verantwortung, aus den historischen Konflikten kein Pulverfass zu machen." Generell wandte sie sich gegen Zentren dieser Art. "Das Geld wird eher für Bildungs- und Begegnungsprogramme gebraucht."

Manfred Kittel: Das deutsche Problem. Das Schicksal der deutschsprachigen Minderheiten in Ostmitteleuropa und in Westeuropa konnte nach 1945 unterschiedlicher nicht sein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juli 2005, S. 7.

Beckstein dringt auf Zentrum gegen Verreibung. Bayerischer Innenminister beim Treffen

der Schlesier: Vertreibung war Unrecht, in: Der Tagesspiegel, 04. Juli 2005, S. 4.

Mai

Gerhard Harm (Hg.): Für mehr Erinnerung ohne ein Zentrum gegen Vertreibung –

Stellungnahme der Historiker Hans-Henning und Eva Hahn, in: Informationsdienst

Wissenschaft, 04. Mai 2005.

<http://idw-online.de/pages/de/news?print=1&id=111198>

„Es ist wohl unbestritten, dass die Erinnerungen an die Vertreibung im deutschen kollektiven Gedächtnis einen wichtigen Platz einnehmen. Offensichtlich reicht das noch nicht - oft hört man, die Vertreibung sei ein gesamteuropäisches Problem; die deutsche Nation habe die meisten Vertreibungsoffer zu beklagen und sei deshalb besonders gut dazu geeignet, die Welt aufzuklären und ihr quasi eine Lektion zu diesem Thema zu erteilen. Deshalb solle in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" (ZgV) entstehen, um der deutschen Öffentlichkeit sowie den Besuchern aus aller Welt die Geschichte aller Vertreibungen zu erklären. Die Welt solle diese Geschichte aber nicht nur so kennen lernen, wie sie die deutschen Vertriebenen sehen, sondern sie solle auch gewarnt werden: Nie wieder Vertreibungen!, heißt es um dieses Ziel zu erreichen, hätten eben jene Schlussfolgerungen maßgebend zu sein, die führende Vertreter der deutschen Vertriebenenorganisationen aus ihren Lebenserfahrungen zögen.

Die Kritiker dieses Projekts nehmen dessen Planern nicht das Erinnern an die Vertreibung übel; sie sprechen sich jedoch deutlich gegen die Geschichtsbilder aus, die hier propagiert werden. Schon allein die Frage, an wen genau erinnert werden soll, sorgt für Unbehagen: Wer wurde wann und von wem vertrieben? Um diese Frage haben sich die Befürworter des ZgV nämlich bisher herumgemogelt. Schaut man sich die entsprechende Informationsbroschüre des "Deutschen Ostdienstes" (hg. vom Bund der Vertriebenen) an, dann erfährt man z. B. nichts über die NS-Umsiedlungen rund einer Million Deutscher aus dem östlichen Europa, die schon 1939 begonnen haben. Damals suchte die NS-Propaganda die Betroffenen und die Öffentlichkeit mit dem Slogan "Sie verloren die Heimat, um das Vaterland zu gewinnen" zu beschwichtigen. In Wirklichkeit verloren diese (später in der BRD als Vertriebene registrierten) Umsiedler ihre Heimat infolge einer folgenschweren und dennoch nahezu vergessenen Grundsatzrede Hitlers, die er am 6. Oktober 1939 im Reichstag hielt. Dort wies er auf die "nichthaltbaren Splitter des deutschen Volkstums" hin, mit denen der ganze Osten und Südosten Europas gefüllt sei, und verkündete die Notwendigkeit, jene "Volkssplitter" umzusiedeln, oder 'heimzuführen', wie es damals genannt wurde.

"Es ist für die Deutschen bedauerlich, wenn sie jemand bedauern will. Aber es ist weder beabsichtigt, noch läßt es sich verhindern; daraus ein großes Lamento zu machen, halte ich für falsch.": Die zynischen Bemerkungen Himmlers über die ersten (unterwegs erfrorenen) Opfer dieser Umsiedlungen in einer Geheimrede kurz darauf lesen sich wie eine Vorwegnahme einer noch größeren humanitären Katastrophe, die fünf Jahr später von den NS-Behörden aus den gleichen Motiven verursacht wurde. Dabei handelt es sich um die Umstände und Folgen der sog. Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung aus den östlichen Teilen des damaligen Großdeutschen Reiches zwischen dem Sommer 1944 und Frühjahr 1945.

Darüber schweigen sich die Projektanten des ZgV ebenso aus wie über die Brutalität, mit der rund fünf Millionen Deutsche damals vom NS-Regime gezwungen wurden, ihre Heimat zu 'räumen'. "Man fragt, was die Nazibonzen sich bei dieser zwangsweisen Vertreibung der Ostdeutschen von Haus und Hof gedacht haben", schrieb der Generalmajor a. D. Paul Freiherr von Schoenaich am 1. März 1945 in sein Tagebuch. "Alle Ostflüchtlinge, die ich befragte, haben mir gesagt, sie seien nicht freiwillig geflohen, sondern auf polizeilichen Befehl. Keiner von ihnen glaubte, daß die Russen ihnen etwas getan hätten." Daraus gehe klar hervor, "daß die Ostdeutschen auf den Goebbels-Schwindel von den Bolschewisten-Greueln nicht mehr hineinfallen."

Zum kollektiven Gedächtnis gehören alle Erinnerungen aller Vertriebenen, nicht nur jene, die

bisher mit staatlichen Geldern gepflegt und gehegt worden sind. So sind auch die Aufzeichnungen des 1949 in Westfalen verstorbenen Pfarrers Paul Peikert dazuzuzählen, in denen er in Breslau am 27. März 1945 notierte: "Die Not des Volkes ist an und für sich schon so groß, das Leid und die Traurigkeit scheinen kaum noch einer Steigerung fähig zu sein und doch wird diese entsetzliche Maßnahme, ganze Stadtteile aus ihrem Heim zu vertreiben, mit so unerhörten Drohungen und mit einer mehr als frivolen Brutalität durchgeführt, dass die Menschenherzen fast zerbrechen über die Bestialität verrohter und entarteter Ortsgruppenleiter und ihrer Gehilfen."

Dass die Verantwortung der NS-Behörden für die von ihnen verursachte humanitäre Katastrophe in der genannten ZgV-Broschüre verschwiegen wird, ist um so empörender, als die "neuen Herren" der "alten deutschen Reichsgebiete" für dieses NS-Verbrechen an den Pranger gestellt werden. Den USA, Großbritannien und der UdSSR wird sogar völkerrechtswidriges Verhalten mit abstrus konstruierten Opferzahlen vorgeworfen: "In den Potsdamer Protokollen vom 2. August 1945 werden die Vertreibungen völkerrechtswidrig von den Alliierten legitimiert. Mehr als 15 Millionen Deutsche waren am Ende Opfer dieser Politik." Will Deutschland wirklich heute noch die Beschlüsse der Alliierten aus dem Jahr 1945 revidieren?

Wäre es nicht Zeit, sich endlich mit den Erinnerungen aller Vertriebenen zu beschäftigen, anstatt allein den Verbandssprechern zuzuhören? Viele Vertriebene gehören selbst zu den Kritikern der Vertriebenenverbände. Ihre Stimmen wurden jedoch in der Nachkriegszeit von ehemaligen Nazis mit Hasstiraden traktiert, und sie werden bis heute kaum gehört. "An mangelnder Heimatliebe, wie manche argwöhnen könnten, lag es wahrlich nicht, dass ich mich fernhielt von jenen Leuten, die der Volksmund als Berufsflüchtlinge bezeichnete. Ich war irritiert und verärgert, unter den Verbandsfunktionären immer häufiger Gestalten zu entdecken, die Hitler in die Hände gearbeitet und damit den Krieg mit verursacht hatten", schrieb unlängst der selbst aus der Tschechoslowakei 1946 ausgesiedelte Publizist Kurt Nelhiesel aus Bremen: "Ohne den Krieg - so lautete mein ganz persönliches Fazit - ohne den Krieg wäre ich noch zu Hause." Und er fügt hinzu: "Keiner meiner Schulfreunde rechnet sich zum Fußvolk der Verbandsfunktionäre."

Die deutsche Öffentlichkeit braucht mehr Erinnerung ohne ein ZgV, wenn sie die Geschichte der Vertreibung kennen lernen möchte. Eine Auseinandersetzung mit der staatlich unterstützten und finanzierten Erinnerungspolitik des vergangenen halben Jahrhunderts steht an, damit eine innerdeutsche Diskussion über das Projekt ZgV überhaupt erst einmal beginnen kann. Die Vertreibung ist ein viel zu wichtiger deutscher Erinnerungsort, als dass man sich mit den bisher tradierten Geschichtsbildern zufrieden geben könnte."

April

Jan Feddersen/ Stefan Reinecke: „Es gab doch keine Tabus“. Interview mit Helga Hirsch und Norbert Frei, in: die tageszeitung, 08. April 2005, S. 3/4.

<http://www.taz.de/pt/2005/04/08/a0180.nf/text>

Antje Buchholz: Ein schmerzhafter Prozess. Unangenehme Fragen und Selbstzweifel: Bis heute wissen die Tschechen nicht so recht, wie sie den 60. Jahrestag des Kriegsendes begehen sollen, in: Süddeutsche Zeitung, 04. April 2005, S. 17.

März

Michaela Himmel: Die Kriegserlebnisse wirken bis heute nach. Der Psychologe und Autor Jürgen Müller-Hohagen sagt, dass Angst, Flucht und Vertreibung bis in die vierte Generation fühlbar sind, in: Der Tagesspiegel, 21. März 2005, S. 14.

Februar

Julian Bartosz, Die "Breslauer Apokalypse". Ein anderes Kapitel Vertreibung, in: Neues Deutschland, 16. Februar 05, S. 3.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=67522&IDC=2&DB=Archiv>

Thomas Urban: Wir haben die Schlacht um das Gedächtnis verloren. Polen will kein europäisches Erinnerungsnetzwerk und kein Zentrum gegen Vertreibung, aber sein Protest verhallt ungehört, in: Süddeutsche Zeitung, 05. Februar 2005, S. 14.

Netzwerk der Erinnerung. Einrichtung soll Gedenken an Vertreibungen und Diktaturen in Europa pflegen. Sekretariat in Warschau, in: die tageszeitung, 03. Februar 2003, S. 2.

„Deutschland hat gemeinsam mit Polen, Ungarn und der Slowakei das geplante Netzwerk zur Erinnerung an Totalitarismus und Vertreibung auf den Weg gebracht. Kulturstaatsministerin Christina Weiss (parteilos) und ihre Amtskollegen aus den osteuropäischen Ländern unterzeichneten gestern in Warschau die Gründungserklärung für das "Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität". Die Einrichtung soll den Dialog über totalitäre Diktaturen und die Leiden der Zivilbevölkerung fördern.“

Thomas Roser: Erinnerungs-Netzwerk mit Startproblemen. Vier europäische Staaten unterzeichnen Absichtserklärung zum Gedenken an Vertreibung / Wenig Enthusiasmus, in: Frankfurter Rundschau, 03. Februar 2005, S. 7.

Thomas Roser: Vertreibungs-Gedenkstätten: Budget und Zeitplan unklar, in: Der Tagesspiegel, 03. Februar 2005, S. 9.

Netzwerk der Vertreibungen. Bündnis der Verhinderer, in: Der Tagesspiegel, 03. Februar 2005, S. 9.

„Lügen haben kurze Beine, das „Europäische Netzwerk Erinnerung und Solidarität“ Humpelbeine. Als die Bundesregierung nach langem Zögern ein Gegenprojekt zum Zentrum gegen Vertreibungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) plante, geschah das aus der Sorge, dort werde das Leid der Deutschen im Mittelpunkt stehen und die Ursache, der mörderische Krieg, zu kurz kommen. Ziel sei das richtige Gedenken gemeinsam mit den Nachbarn- und nicht, die Vertreibung totzuschweigen, wies Rot-Grün den Argwohn der Vertriebenen zurück. Doch der war offenbarberechtigt. Als Kulturstaatsministerin Weiss gestern in Warschau die Absichtserklärung unterschrieb, waren die Tschechen abgesprungen. Polen hatte durchgesetzt, dass das Wort Vertreibung nicht vorkommt und will den BdV ausschließen. Gedenken ohne die Betroffenen? So ein Bündnis der Verhinderer liefert den Vertriebenen Argumente, eben doch ihr Zentrum zu bauen.“

Konrad Schuller: Dialogisch und gleichgewichtig. Die Gründung des "Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03. Februar 2005, S. 5.

Gerhard Gnauck: Vertreibung. Kommentar, in: Die Welt, 03. Februar 2005.

„Die Gründung des ‚Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität‘ gestern in Warschau, an dem sich zunächst Deutschland, Polen, Ungarn und die Slowakei beteiligen wollen, wirft viele Fragen auf. Das Netzwerk ist so etwas wie ein Gegenentwurf zum vor allem vom Bund der Vertriebenen geforderten ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘. Das Netzwerk will nicht nur die Vertreibung der Deutschen behandeln, nicht einmal nur die verschiedenen Vertreibungsvorgänge in Europa, sondern das Leiden der ‚Opfer von Kriegen, Unterdrückung, Eroberung und nationalistisch, rassistisch und ideologisch motivierter Repression im 20. Jahrhundert in Europa.‘“

Cathrin Kahlweit: Erinnern mit Hindernissen. Netzwerk soll Gedenken an Vertreibungsoffer koordinieren, in: Süddeutsche Zeitung, 02. Februar 2005, S. 1.

Erich Später: Deutsche Passion. Unkommentiert und ohne Distanzierung hat der Deutsche Taschenbuch Verlag eine Dokumentation zur „Vertreibung der Deutschen“ wiederveröffentlicht, die in den fünfziger Jahren von ehemaligen NS-Volkstumskämpfern zusammengestellt worden war, in: konkret Nr. 2/2005.

Januar

Thomas Urban, Historische Belastung der Integration Polens in die EU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (5-6), 31. Januar 2005, S. 32-39.

Ingo Haar: Morden für die Karriere. Eine skandalöse Quelle im geplanten Zentrum gegen Vertreibung, in: Süddeutsche Zeitung, 17. Januar 2005, S. 12.

Kai Schöneberg: Von den Vertriebenen vertrieben, in: die tageszeitung, 13. Januar 2005. <http://www.taz.de/pt/2005/01/13/a0342.nf/text.ges,1>

Richard Szklorz: "Das haben wir von den Deutschen". Denn sie sind ein Teil unserer Identität: Das neue Interesse der Tschechen an den Vertriebenen, in: Der Tagesspiegel, 10. Januar 2005, S. 25.

2004

Dezember

Karl Schlögel: Lob des Nomaden. Die Migranten als Avantgarde der globalen Modernisierung, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. Dezember 2004.

Rainer Blasius: Gegen das Vergessen. Polnische Quellen über Flucht und Vertreibung der Deutschen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Dezember 2004, S. 12.

Peter Carstens: Vieles schwärt noch. Flucht und Vertreibung im deutsch-polnischen Verhältnis (Buchbesprechung zu: Thomas Urban, Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember 2004, S. 7.

Cora Stephan: Ich weiß, ich weiß. Warum sich über manches Verhängnis nur ein Roman schreiben lässt, in: Die Welt, 18. Dezember 2004.

Christian Jostmann: Die neue Opfertümelei. Eine Tagung über Flucht und Vertreibung in Europa, in: Süddeutsche Zeitung, 13. Dezember 2004, S. 17.

Mathias Schnitzler: Zuflucht in Tanger. Antonio Munoz Molina rekonstruiert die Erfahrung von Verfolgung und Vernichtung, in: Berliner Zeitung, 09. Dezember 2004, S. 31.

Rainer Blasius: In den Grenzen von 1939. (Buchbesprechung zu: Matthias Stickler, "Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch". Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949 - 1972), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08. Dezember 2004.

Christoph Marschall: 200 Kilometer nach Westen. Deutsche und Polen. beschreibt die Folgen der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Der Tagesspiegel, 06. Dezember 2004, S. 7.

Siegfried Wolf: Union fordert Neukonzeption. Das Erbe der Vertriebenen wahren, in: Das Parlament, 06. Dezember 2004 (50-51), S. 4.

November

Rainer Hoffmann: Aufklärung, nicht Aufrechnung. Peter Glotz' „Chronik“ deutsch-tschechischer Vertreibungen, in: Neue Zürcher Zeitung Online, 22. November 2004.
<http://www.nzz.ch/2003/11/22/pl/page-article971PN.html>

Christoph von Marshall: Im Dickicht von Recht und Moral. Ein Gutachten soll Vertriebene von Eigentumsklagen in Polen abbringen – wohl vergeblich, in: Der Tagesspiegel, 19. November 2004, S. 8.

„Haben die Vertriebenen noch Einfluss, berührt ihr Schicksal die Gesellschaft? Ein Rechtsgutachten im Auftrag des Kanzlers spricht Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten die Eigentumsansprüche ab, die frühere Bundesregierungen nicht aufgeben wollten - aber die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz von der fundamentalen Korrektur. Nur der engste Kreis organisierter Vertriebener empört sich lautstark über das „Gefälligkeitsgutachten“. Doch die gelten längst als Störenfriede. . Natürlich, der Heidelberger Völkerrechtler Jochen Frowein und sein Warschauer Kollege Jan Barcz hatten einen ganz bestimmten Auftrag - eine juristische Argumentation gegen die Ansprüche zu finden, die wenige Deutsche per Klage in Polen durchzusetzen versuchen. Ihre Hinweise sind in vieler Hinsicht klärend. Allerdings sollte niemand zu sicher sein, dass ihr rigoroses Resümee - „Individualansprüche wegen der Enteignungen bestehen weder nach Völkerrecht noch nach deutschem oder polnischem Recht“ und „Klagen haben keine Aussicht auf Erfolg“ - das letzte und allgemein verbindliche Wort ist.

Hätten sie die Haken und Lücken ihrer Argumentation betont, wäre ihre Arbeit keine Hilfe für die Bundesregierung, die Klagen ausschließen will, weil die das deutsch-polnische Verhältnis vergiften, sondern eine Anleitung für die Kläger, wie die ihre Aussichten verbessern.

Frowein und Barcz bestreiten nicht, dass Vertriebene Opfer von Rechtsbrüchen waren. Sie ordnen sie aber in den Krieg und seine Folgen ein. Völkerrecht muss stets den Spagat versuchen: Es soll altes Unrecht weder vergessen noch leugnen, muss aber nach angemessener Zeit neue Realitäten anerkennen, weil bei unbegrenztem Aufrechnen kein neuer Rechtsfriede wachsen kann. Ein Drittel des heutigen Polen gehörte früher zu Deutschland. Was Deutsche dort besaßen, ist in rund 60 Jahren zu Heimat und Eigentum von Polen geworden.

Mag sein, die Art der Enteignung war rechtswidrig. Aber, das ist der Subtext der 40-Seiten-Expertise, nicht jedes Unrecht muss korrigiert werden; die Bundesregierung ist auch nicht verpflichtet, ihre Bürger in deren Kampf zu unterstützen. Polnische Gerichte teilen deutsche Argumente nicht, Europäische Gerichte sind nicht zuständig - dann sind private Klagen aussichtslos.

Wie Frowein und Barcz Rechtsauffassungen bestreiten, die mehrere Generationen in Deutschland für gesichert hielten, das reizt mitunter zum Widerspruch: Die entschädigungslose Enteignung deutschen Privatbesitzes in den früheren Ostgebieten wird als Teil der Reparationen betrachtet. Das bedeute aber nicht, dass die Bundesregierung solche Enteignungsschäden ausgleichen muss, das entschied das Bundesverfassungsgericht 1976. Zudem haben die Betroffenen Lastenausgleich erhalten. Oder das Potsdamer Abkommen: Die Alliierten hatten dort zwar keine Enteignungen verfügt. Aber Polen habe daraus ableiten können, es entscheide souverän in den ihm übertragenen Gebieten.

Waren Polens Dekrete über die Enteignung der Deutschen nicht völkerrechtswidrig wie die Benes-Dekrete in der Tschechoslowakei? Völkerrechtswidrig, argumentiert Frowein, bedeutet nicht automatisch, dass ein Akt nichtig ist. Polen vertritt ohnehin die Auffassung, bei der Enteignung sei alles mit rechten Dingen zugegangen. Und über die Klagen entscheiden polnische Gerichte nach polnischem Recht.

Neu ist: Kanzler Schröder hat erklärt, dass die Bundesregierung deutsche Klagen nicht

unterstützt, sogar international gegen sie auftreten wird. Das verbaut manche Wege zu europäischen Richtern. Auch Klagen, die auf Gleichbehandlung mit polnischen oder jüdischen Altbesitzern abzielen - falls Polen doch noch ein Reprivatisierungsgesetz erlässt oder in Einzelfällen enteigneten Besitz restituiert - sind für Frowein und Barcz aussichtslos. Den erhofften politischen Schlussstrich kann das Gutachten aber nicht ziehen. Die von ihrem Recht überzeugten Vertriebenen werden sich nicht beeindrucken lassen, ihre Klagen vorantreiben - und die politische Unruhe neu entfachen. Zweitens gilt die Abwehrstrategie nur für Fälle, in denen sich die polnische Verwaltung bei der Enteignung an das Schema hielt, das hier juristisch verteidigt wird. Bei Rechtsfehlern können auch polnische Gerichte zur Auffassung kommen, dass eine Enteignung nicht wirksam wurde. Drittens betonen Frowein und Barcz, dass sich die Rechtslage bei Spätaussiedlern anders darstellt. Da wird es wohl Korrekturen geben - und dann dürften manche Gefühle neu explodieren.“

Frank Herold: "Allergische Reaktionen". Gesine Schwan über das Verhältnis von Deutschen und Polen, in: Berliner Zeitung, 12. November 2004, S. 6.

Oktober

Axel Azzola: Keine Rechtsgrundlage für Ansprüche der "Preußischen Treuhand", in: Neues Deutschland, 30./31. Oktober 2004, S. 24.

Julian Bartosz: Das vergessene Treffen Schmidt-Gierek. "Heimgeführte" Spätaussiedler aus Polen und ihre Rechte, in: Neues Deutschland, 30./31. Oktober 2004, S. 24.

Barbara Breuer: Schlecht vernarbte Geschichte. Die tschechische Gruppe "Antikomplex" sucht das verschwundene Sudetenland, in: Märkische Allgemeine, 30. Oktober 2004, S. 9

kps: "Beteiligung am 20. Juli kein Beweis". Tschechisches Gericht lehnt deutschen Restitutionsanspruch ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Oktober 2004, S. 5.

Walter Poeggel: In Pommern und in Gaza. Zwangsumsiedlungen - stets ein Unrecht?, in: Neues Deutschland, 09./10. Oktober 2004, S. 22.

Günther Heydemann: Unwillkommene Neubürger. (Buchbesprechung zu: Manfred Wille u.a. (Hg.): Die Vertriebenen in der SBZ/DDR), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09. Oktober 2004, S. 8.

September

Hans Michael Kloth/ Dietmar Pieper: „Grandioses Versagen“ Erika Steinbach, 61, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, über die schrillen deutsch-polnischen Töne und ihre Forderung an die Regierung, in: Der Spiegel, 20. September 2004, S. 36-38.

Lars-Broder Keil: Vertriebene sorgen erneut für Unmut. SPD-Bundestagsfraktion bemüht sich in Polen um Schadensbegrenzung, in: Die Welt, 09. September 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/09/09/330045.html>

Christian Semler: Selbstkritik ist den Vertriebenen weiter fremd. Inzwischen fordert Vertriebenen-Chefin Erika Steinbach keine Entschädigungen mehr, sondern nur noch eine symbolische Anerkennung für das erlittene Unrecht, in: die tageszeitung, 06. September 2004.
<http://www.taz.de/pt/2004/09/06/a0162.nf/text.ges.1>

Mieczyslaw Tomala: Riskantes Spiel mit dem Feuer (Buchbesprechung zu: Niels von Redecker, Die polnischen Vertreibungsdekrete und die offenen Vermögensfragen zwischen Deutschland und Polen, Europäischer Verlag der Wissenschaften Peter Lang, Frankfurt/M. 2003.), in: Das Parlament, 06. September 2004 (37/04), S. 16.

Jaromir Sokolowski: Angst vor den Vertriebenen. Debatte: Vor 65 Jahren überfiel Hitler Polen - soll am Ergebnis des Krieges jetzt gerüttelt werden? in: Die Welt, 01. September 2004.

<http://www.welt.de/data/2004/09/01/326454.html>

August

Rudolf von Thadden: Glücklich in Trieglaff. Ohne eindeutigen Verzicht der Vertriebenen wird es keine gedeihliche Zukunft geben, in: Die Welt, 27. August 2004.

<http://www.welt.de/data/2004/08/27/324395.html>

Vertriebene loben Ungarns Form der Wiedergutmachung, in: Die Welt, 26. August 2004.

<http://www.welt.de/data/2004/08/26/324114.html>

Verband bestreitet Tadel für Präsidentin Steinbach, in: Frankfurter Rundschau, 25. August 2004.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/deutschland/?cnt=492621

Karol Sauerland: Selektive Empörung. Die Vertreibung der Deutschen im Kontext des 20. Jahrhunderts, in: Frankfurter Rundschau, 24. August 2004, S. 15.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=491873

Erika Steinbach erregt Unmut der Vertriebenen, in: Die Welt, 23. August 2004.

<http://www.welt.de/data/2004/08/23/322951.html>

Jan Piskorski: Nationalitätenfrage. Kaum Spielräume: Die Vertreibung der Deutschen in Polen, in: Frankfurter Rundschau, 20. August 2004, S. 16.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=490027

Meike Kirsch: Die Rückwärts-AG. Was ist die Preußische Treuhand-AG?, in: Der Tagesspiegel, 18. August 2004, S. 3.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/18.08.2004/1306529.asp>

Otto Köhler: Heimatrecht auf Aktienbasis. Preußische Treuhand: Vertriebenenspiele mit verteilten Rollen, in: Der Freitag Nr. 34, 13. August 2004.

<http://www.freitag.de/2004/34/04340102.php>

Peter Bender: Um Jahrzehnte zurück. Deutsch-polnisches Verhältnis in diesen Tagen, in: Süddeutsche Zeitung, 13. August 2004, S. 15.

Thomas Urban: Mißtöne, die eine Nachbarschaft stören. Polen und die Aussiedler, in: Süddeutsche Zeitung, 11. August 2004, S. 3.

Konstantin v. Hammerstein [u.a.]: Eine besondere Art von Heimweh. Vertriebene, in: Der Spiegel Nr. 33, 09. August 2004, S. 40-42.

Christian Semler: Und sie bewegt sich doch! Erika Steinbach, Chefin des Bunds der Vertriebenen, plädiert für eine neue gesetzliche Grundlage, die in Sachen Entschädigung und Restitution [...] Rechtssicherheit schaffen soll, in: die tageszeitung, 07. August 2004, S. 7.

<http://www.taz.de/pt/2004/08/07/a0105.nf/text.ges.1>

Matthias Arning: Abschied vom Gestern. Erika Steinbach, Präsidentin der Vertriebenen, in: Frankfurter Rundschau, 07. August 2004, S. 3.

Streit bei den deutschen Vertriebenen. Steinbach hält Verzicht auf Entschädigung für

möglich, in: Neue Zürcher Zeitung, 07. August 2004.
<http://www.nzz.ch/2004/08/07/al/page-article9RVUV.html>

Stephan Haselberger: Der Störfaktor. Erika Steinbach, Vorsitzende der Vertriebenen und der Bundeskanzler, in: Der Tagesspiegel, 07. August 2004, S. 3.
<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/07.08.2004/1288123.asp>

Gregor Gysi: Der Kanzler hat Recht. Ahistorisch und falsch: Deutsche Ansprüche auf Entschädigung von Polen, in: Neues Deutschland, 06. August 2004, S. 5.

Ansgar Graw: "Schröder hat die Rechtslage bewusst ignoriert". Vertriebenen-Chefin Steinbach greift den Kanzler an - "Preußische Treuhand ist für mich nicht satisfaktionsfähig", in: Die Welt, 05. August 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/08/05/314854.html>

Völkerrechtler uneins über Aussichten deutscher Klagen. Polnische Vertriebene bekamen in Straßburg Recht, in: Die Welt, 05. August 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/08/05/314853.html>

Astrid Hölscher: Juristen machen Vertriebenen wenig Hoffnung. Experten rechnen damit, dass Klagen auf Rückgabe ehemaligen Eigentums abgewiesen werden, in: Frankfurter Rundschau, 05. August 2004.
http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/deutschland/?cnt=481958

Gunter Hofmann: Jetzt schreien sie wieder „Verrat“. Schröder hat in Warschau den richtigen Ton getroffen: Die Vertriebenen denunzieren ihn, in: Die Zeit, 05. August 2004, S. 6.

Rainer Woratschka: Union streitet um Forderungen der Vertriebenen. CSU-Politiker Koschyk: Schröder hat Öl ins Feuer gegossen / Pflüger verteidigt Klarstellung, in: Der Tagesspiegel, 05. August 2004, S. 4.

Vertriebene wollen Polen noch in diesem Jahr verklagen, in: Frankfurter Rundschau, 04. August 2004, S. 4.

Scharfe Vertriebenenkritik an Schröder, in: Neue Zürcher Zeitung, 04. August 2004.
<http://www.nzz.ch/2004/08/03/al/page-newzzDXFYQDPU-12.html>

CDU will kein Gesetz zur Entschädigung Vertriebener, in: Der Tagesspiegel, 04. August 2004, S. 1.

Gerd Appenzeller: Zwischen Recht und Rückfall. Streit mit Vertriebenen, in: Der Tagesspiegel, 04. August 2004, S. 1.

Rainer Woratschka: „Jeder vierte Hesse ist ein Vertriebener“, in: Der Tagesspiegel, 04. August 2004, S. 4.

Ruth Ciesinger / Stephan Haselberger: Ein Drittel von Polen. Einige wollen ihr „Heimatrecht“ erklagen – aber auch die Verbandschefin empört Berlin und Warschau, in: Der Tagesspiegel, 04. August 2004, S. 4.

Vertriebene verzichten auf Bunker. Verband nimmt Abstand von Plänen in der Kreuzberger Fichtestraße, in: Der Tagesspiegel, 04. August 2004, S. 8.

Frank Herold/ Damir Fras: Vertriebene gehen vor Gericht. Preußische Treuhand klagt auf Rückgabe ehemals deutschen Eigentums in Polen. Rot-grün will kein Entschädigungsgesetz, in: Berliner Zeitung, 03. August 2004, S. 1.

Frank Herold: Zwischen Recht und Gefühl. Strittige Eigentumsverhältnisse belasten das deutsch- polnische Verhältnis stark wie lange nicht. Emotionen und politische Erwägungen machen es schwer, Lösungen und Friede im tiefen Sinn zu finden, in: Berliner Zeitung, 03. August 2004, S. 2.

Christian Semler: Deutschland muss die Ansprüche der Vertriebenen gegenüber Polen zurückweisen, in: die tageszeitung, 03. August 2004, S. 1.
<http://www.taz.de/pt/2004/08/03/a0072.nf/text>

Kein Vertriebengesetz, in: die tageszeitung, 03. August 2004, S. 2.
<http://www.taz.de/pt/2004/08/03/a0088.nf/text>

Vertriebenen-Organisation will gegen Polen klagen, in: Die Welt, 03. August 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/08/03/313901.html>

Gerhard Gnauck: Schröders Rede kommt in Warschau gut an, in: Die Welt, 03. August 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/08/03/313634.html>

Thomas Urban: Was war? Schröders Rede zum Jahrestag des Warschauer Aufstandes facht die polnische Debatte um die Vertreibung und das Täter-Opfer-Verhältnis neu an, in: Süddeutsche Zeitung, 03. August 2004, S. 11.

Ruth Ciesinger / Stephan Haselberger: Die Vertriebenen greifen Schröder an. Verbandspräsidentin Steinbach fordert ein Entschädigungsgesetz / Bundesregierung: Das wird es nicht geben, in: Der Tagesspiegel, 03. August 2004, S. 1.

Thomas Roser: Eine Geste, aber keine große. Reaktionen auf Kanzlerrede in Polen geteilt, in: Der Tagesspiegel, 03. August 2004, S. 3.

Christoph von Marschall: Zum Ausgleich das Recht. Entschädigung der Vertriebenen, in: Der Tagesspiegel, 03. August 2004, S. 6.

<dpa>: Schröder will von Polen nichts. Erstmals deutscher Kanzler beim Jahrestag des Warschauer Aufstands 1944. Schröder schließt deutsche Forderungen nach Entschädigung kategorisch aus. Bekenntnis zur deutschen Schuld, in: die tageszeitung, 02. August 2004, S.1.
<http://www.taz.de/pt/2004/08/02/a0089.nf/text.ges,1>

Gerhard Gnauck: Stolz und Scham. Auf dem Verhältnis von Polen und Deutschen lastet immer noch die Geschichte. Das prägte den Warschau-Besuch von Gerhard Schröder, der als erster Kanzler an den Gedenkfeiern zum Aufstand gegen Nazi-Deutschland teilnahm, in: Die Welt, 02. August 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/08/02/313349.html>

Thomas Roser: Schröder warnt die Vertriebenen. Kanzler: Wer Ansprüche an polen erhebt, hat uns zum Gegner / Erinnerung an Warschauer Aufstand, in: Der Tagesspiegel, 02. August 2004, S. 1.

Christoph von Marschall: Vergessene Siegermacht, in: Der Tagesspiegel, 02. August 2004, S. 1.

Thomas Roser: Am Ort des polnischen Stolzes und der deutschen Schande, in: Der Tagesspiegel, 02.August 2004, S. 3.

„**Geschichte nicht auf den Kopf stellen.**“ Kanzler Schröder reagiert bei den Gedenkfeiern in Warschau auf den Streit um die Vertriebenen, in: Der Tagesspiegel, 02. August 2004, S. 5.

Reinhard Müller: Die ewige Vermögensfrage. Vertriebene und ihre Entschädigung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 02. August 2004, S. 3.

Gerhard Schröder: Zukunft bedarf eines guten Gedächtnisses. Rede anlässlich des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstandes, in: Frankfurter Rundschau 02. August 2004, S. 7.

<Welt/ddp/AP>: Schröder lehnt Forderungen der Vertriebenen ab, in: Die Welt, 01.August 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/08/01/313179.html>

Juli

Absage Schröders an Vertriebene. Klarstellung vor Polenbesuch zum Jahrestag des Warschauer Aufstandes, in: Berliner Zeitung, 31.Juli/01.August 2004, S. 6.

Gabriele Lesser: In Polen wartet man voll Misstrauen auf Gerhard Schröder. Streit über Vertriebenenzentrum und Entschädigungsforderungen - dem Bundeskanzler muss in Warschau schon etwas einfallen, wenn er die Ängste der Polen beruhigen will, die tageszeitung, 31. Juli 2004, S. 4.
<http://www.taz.de/pt/2004/07/31/a0235.nf/text.ges,1>

Andrzej Stach: Der Warschauer Aufstand hat eine Bedeutung für die Deutschen. Der Wert der Freiheit, in: die tageszeitung, 31. Juli 2004, S. 11.
<http://www.taz.de/pt/2004/07/31/a0244.nf/text.ges,1>

Gerhard Gnauck: "Wir erwarten eine deutsche Initiative". Der Bundeskanzler sollte deutliche Worte zur Preußischen Treuhandstiftung finden - Ein Gespräch mit Polens Ministerpräsidenten Marek Belka, in: Die Welt, 30. Juli 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/07/30/311869.html>

"Wir erwarten von Schröder keinen Kniefall". Polens Premier Belka fordert Schlussstrich unter Entschädigungsdebatte - Steinbach: Auf Forderungen nicht verzichten, in: Die Welt, 30. Juli 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/07/30/312061.html>

Gabriele Lesser: Polen entsetzt über Vertriebenen-Gedenkfeier, in: die tageszeitung, 21. Juli 2004, S. 9.
<http://www.taz.de/pt/2004/07/21/a0128.nf/text.ges,1>

Christoph von Marschall: Gefangen im eigenen Land. Die Dämonisierung der deutschen Vertriebenen in Polen, in: Der Tagesspiegel, 21. Juli 2004, S. 6.

Christian Esch: Empathie und Miteinander (über die Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen zum Warschauer Aufstand), in: Berliner Zeitung, 21. Juli 2004, S. 23.

Gabriele Lesser/ Matthias Gabriel: Erika Steinbach im Schafspelz, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 20. Juli 2004, S. 4.

Frank Herold: Umstrittenes Gedenken (über die umstrittene Gedenkveranstaltung des

Bundes der Vertriebenen zum Warschauer Aufstand), in: Berliner Zeitung, 20. Juli 2004, S. 6.

Claudia Kraft: Nicht nur die Bajonette Moskaus. Kollektive und individuelle Verantwortung: Bei der Vertreibung der Deutschen aus Polen spielte eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle, in: Frankfurter Rundschau, 19. Juli 2004, S. 10.
http://www.frankfurter-rundschau.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=472991

Matthias Schlegel: Unheiliges Gedenken. Kritik aus Polen an einer Veranstaltung zum Warschauer Aufstand, in: Der Tagesspiegel, 19. Juli 2004, S. 4.

Gerhard Gnauck: "Wir schreiben die Geschichte nicht um". Bei seinem ersten Auslandsbesuch in Polen weist Bundespräsident Köhler deutsche Entschädigungsforderungen zurück, in: Die Welt, 16. Juli 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/07/16/305795.html>

Der deutsche Bundespräsident lobt Polen. Absage Köhlers an Forderungen der Vertriebenenverbände, in: Neue Zürcher Zeitung, 16. Juli 2004.
<http://www.nzz.ch/2004/07/16/al/page-article9QE99.html>

Gabriele Lesser: Neuer Präsident, alte Probleme. Auf der ersten Auslandsreise sucht Horst Köhler polnische Sorgen über deutsche Eigentumsansprüche zu entkräften, in: die tageszeitung, 16. Juli 2004.
<http://www.taz.de/pt/2004/07/16/a0107.nf/text.ges,1>

Richard Szklorz: "Das haben wir von den Deutschen". Wie die jungen Tschechen mit der deutschen Vergangenheit umgehen, in: Das Parlament, 05. Juli 2004, S. 18.

Juni

Bogdan Musial: Unter Stalins Regie. Die deutsche Vertreibungsdebatte und die polnische Geschichte, in: Frankfurter Rundschau, 29. Juni 2004.
http://www.frankfurter-rundschau.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=461561&cnt_page=1

Christoph von Marschall: Von Bessarabien nach Bellevue (Buchbesprechung zu: Ute Schmidt, Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute). Böhlau, Köln 2003), in: Der Tagesspiegel, 28. Juni 2004, S. 7.
<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/28.06.2004/1212449.pnn>

Gabriele Lesser: Sieg für Vertriebenen. Urteil in Straßburg: Entschädigung für Verluste in Ostpolen muss "angemessen" sein. 80.000 betroffen, die tageszeitung, 24. Juni 2004.
<http://www.taz.de/pt/2004/06/24/a0182.nf/text.ges,1>

Thomas Urban: Polen muß Vertriebene entschädigen. Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in: Süddeutsche Zeitung, 24. Juni 2004, S. 7.

Gerhard Gnauck: Polnische Vertriebene müssen entschädigt werden. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt Polen zu Ausgleichszahlungen - Kein Präjudiz für deutsche Ansprüche, in: Die Welt, 23. Juni 2004.
<http://www.welt.de/data/2004/06/23/295234>

Peter Glotz: Pfingstwundern. Die Aktualität der Vertreibung, in: Frankfurter Rundschau, 05. Juni 2004, S. 33.

Gabriele Lesser: "Das ist die Sprache der großen Lüge", sagt Adam Michnik. Erika

Steinbach stilisiert die Vertriebenen zu den wahren Opfern - und vergiftet die deutsch-polnischen Beziehungen, in: die tageszeitung, 03. Juni 2004.

<http://www.taz.de/pt/2004/06/03/a0203.nf/text.ges,1>

Mai

Gerhard Fuchs: Lehrstück? Peter Glotz und die Vertreibung (Buchbesprechung zu: Peter Glotz, Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, Ullstein, München 2003), in: Neues Deutschland, 29. Mai 2004, S. 22.

<http://www.nd-online.de/artikel.asp?AID=53856&IDC=29&DB=O2P>

Roland Kirbach: "Da müssen sie mit dem Panzer kommen!" Mit dem EU-Beitritt wächst in Polen die Angst vor den Deutschen. Eine Gesellschaft namens Preußische Treuhand, an deren Spitze Funktionäre der Vertriebenenverbände stehen, fordert "deutsches" Eigentum zurück, in: Die Zeit, 27. Mai 2004, S. 15.

<http://www.zeit.de/2004/23/Treuhand>

Jörg Lau: Gedenken mit Schmiss. Zu Pfingsten hat die Vertriebenen-Funktionärin Erika Steinbach wieder Gelegenheit zu kämpferischen Reden, Die Zeit, 27. Mai 2004, S. 2.

http://www.zeit.de/2004/23/Steinbach-Portr_8at

Anke Westphal: Gegenwart in der Bukowina. „Dieses Jahr in Czernowitz“, ein großer Film von Volker Koepp (Filmbesprechung zu: Dieses Jahr in Czernowitz, Deutschland 2004, Drehbuch & Regie: Volker Koepp.), in: Berliner Zeitung, 22. Mai 2004, S. 30.

Peter Pithart: Deutsche und Tschechen in einem Boot: "wollen wir nicht gemeinsam untergehen, müssen wir uns jetzt verständigen", in: Süddeutsche Zeitung, 15. Mai 2004, S. 11.

Christian Esch: Neue Adresse abwarten. Heute wird der Marion-Samuel-Preis verliehen. Götz Aly erinnert an die Namensgeberin (Buchbesprechung zu: Götz Aly, Im Tunnel. Das kurze Leben der Marion Samuel 1931-1943, Fischer Tb, Frankfurt a.M. 2004), in: Berliner Zeitung, 06. Mai 2004, S. 31.

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2004/0506/feuilleton/0012/index.html>

Europäisches Netzwerk über Vertreibung als "ein Anfang". Ministertreffen in Warschau, in: Das Parlament, 03. Mai 2004, S. 4

April

Johannes L. Kuppe: Gegen neues Misstrauen. Europäisches Netzwerk zur Aufarbeitung von Vertreibungen gegründet, in: Das Parlament, 26. April 2004, S. 18.

Uwe Rada: Ein Thema aller. Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel nennt die Einigung von Warschau "bedeutend" und stellt sich ein offenes Netzwerk vor (Interview), in: die tageszeitung, 24. April 2004, S. 3.

<http://www.taz.de/pt/2004/04/24/a0180.nf/text.ges,1>

Uwe Rada: Die verzwickte Standortfrage. Lange hat die Idee einer nationalen Gedenkstätte das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen belastet. Zuletzt war ein europäisches Zentrum im Gespräch - doch völlig ungewiss, wo es stehen soll, in: die tageszeitung, 24. April 2004.

<http://www.taz.de/pt/2004/04/24/a0180.nf/text.ges,1>

Gabriele Lesser: Nicht ein – viele Aussichtspunkte. Ein Vertriebenenzentrum steht nicht mehr zur Debatte: Kultusminister vereinbaren ein europäisches Netzwerk zur Erinnerung an die Vertreibungen, in: die tageszeitung, 24. April 2004.
<http://www.taz.de/pt/2004/04/24/a0180.nf/text.ges,1>

Michael Ludwig: Schön reden. Korrekte Minister: Warschauer "Initiativgruppe gegen Vertreibung", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. April 2004, S. 36.

Nach der Vertreibung. In Warschau wird über ein europäisches Netzwerk beraten, in: Süddeutsche Zeitung, 23. April 2004, S. 16.

Julian Bartosz, Rosi Blachke: Munition für Vertriebene. Preußische Treuhand fordert von Polen rasche Rückgabe deutschen Eigentums, in: Neues Deutschland, 15. April 2004, S. 3.

Sibylle Quack: Fremdes und eigenes Leid. Europa braucht eine gemeinsame Erinnerungskultur, in: Süddeutsche Zeitung, 14. April 2004, S. 14.

Siegfried Wolf: Union fordert Neukonzeption. Das Erbe der Vertrieben wahren, in: Das Parlament, 12. April 2004, S. 4.
http://www.das-parlament.de/2004/15_16/plenumundausschuesse/009.html

Erik Franzen: Mehr Meckel als Steinbach. Das Netzwerk Zwangsmigration, in: Frankfurter Rundschau, 10. April 2004, S. 15.

März

"Demut vor der Vergangenheit". Rede von Präsident Klaus zum deutsch-tschechischen Verhältnis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. März 2004, S. 5.

Karl Schlögel: Wohin Intoleranz führen kann. Flucht und Vertreibung: Norman Naimarks Studien über ein düsteres Kapitel der europäischen Geschichte (Buchbesprechung zu: Norman M. Naimark, Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert, Beck, München 2004), in: Die Zeit, Literaturbeilage 14/04, 25. März 2004, S. 55.
<http://www.zeit.de/2004/14/P-Naimark>

Reinhard Jingl: Endstation Mythos. Sie sind wieder da – die deutschen Heimatvertriebenen. Doch was öffentlich diskutiert wird, schafft nicht unbedingt Klarheit, in: Frankfurter Rundschau (Literatur-Rundschau), 24. März 2004, S. 1.
http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/belletristik/?cnt=409425&

Enrico Syring: Die Folgen von grenzenlosem Hass und Nationalismus. (Buchbesprechung zu: Norman M. Naimark, Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jh.. Beck, München 2004.), in: Das Parlament, 15./22. März 2004, S. 10.
<http://www.das-parlament.de/2004/12-13/DaspolitischeBuch/028.html>

Thomas Medicus: Ungeist Erika S. Polnische Ängste und das Berliner Zentrum gegen Vertreibungen, in: Frankfurter Rundschau, 18. März 2004, S. 17.
http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=406248&

"Wir haben uns bemüht, nichts zu beschönigen und nichts wegzulassen". Ausstellung nimmt sich eines heiklen Themas an: Geschichte der Deutschen, Tschechen und Slowaken (Zur Ausstellung Nähe und Ferne. Deutsche, Tschechen und Slowaken im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig), in: Der Standard, 17. März 2004.

Michael Jeismann: Das Zweite Symbol. Erfahrungsebenen von Flucht und Vertreibung: Tagung in Bonn, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. März 2004.

Februar

Thomas Roser, Christoph von Marschall: Polen solidarisch mit „taz“. Korrespondentin Lesser von Vertriebenen-Chefin verklagt, in: Der Tagesspiegel, 18. Februar 2004, S. 31.

Dahn, Daniela: Da liegt kein Segen drauf. Zum geplanten Zentrum gegen Vertreibung, in: Süddeutsche Zeitung, 06. Februar 2004, S. 11.

Argumente für das "Zentrum gegen Vertreibungen". Leserbrief zu "Strategische Argumente" von Norman S. Naimark (F.A.Z. vom 21. Januar) in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. Februar 2004, S. 7.

Vertreibung und Völkermord. Leserbrief zu "Strategische Argumente" von Norman S. Naimark (F.A.Z. vom 21. Januar) in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. Februar 2004, S. 7.

Gerd Haase: Deutsch-polnische Verständigungsprobleme. BdV-Präsidentin Steinbach versucht im Streit um das Vertriebenen-Zentrum zu vermitteln, in: Die Welt, 04. Februar 2004

Aleida Assmann: Funke einer gesamtgesellschaftlichen Erregung.

Eine Frage der Hierarchie: Leid und Schuld sind in der deutschen Erinnerung keineswegs so unvereinbar wie es scheint, in: Frankfurter Rundschau, 03. Februar 2004, S. 19.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/feuilleton/?cnt=381412&

Januar

Stefan Troebst: Unterwegs in Europa. Wanderausstellung. Wissenschaftler plädieren dafür die Vertreibungen europäisch zu erforschen und erinnern. Eine kleine Übersicht zum Stand des Diskurses, in: Der Freitag, 30. Januar 2004, S. 6.

Suzan Gülfirat: Polemik gegen ein „Pseudoprojekt“. Geplantes Zentrum gegen Vertreibung empört die Hürriyet, in: Der Tagesspiegel, 26. Januar 2004, S. 13.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/26.01.2004/946775.asp>

Arnulf Baring: „Wir müssen unsere Verletzungen zeigen“: Bevölkerungstransfer aus Böhmen: Peter Glotz analysiert die Vertreibung am Beispiel seiner eigenen Familie, in: Der Tagesspiegel, 26. Januar 2004, S. 7.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/26.01.2004/945907.asp>

Jan Kixmüller: Museale Lösungen. Diskussion zur Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Der Tagesspiegel, 24. Januar 2004.

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/24.01.2004/945249.pnn>

Norman M. Naimark: Strategische Argumente. Rechtfertigt das Schicksal der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg jetzt die Errichtung eines Zentrums gegen Vertreibungen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Januar 2004, S. 7.

Michael Jeismann: Eine tiefe Verlassenheit. Die ganze Erinnerung muß es sein: „Die große Flucht“ (ZDF), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Januar 2004, S. 38.

Gregor Reichelt: Gemeinsames Gedenken. Weder Marginalisierung noch Relativierung: Ein Kompromissvorschlag im Streit um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Frankfurter Rundschau, 14. Januar 2004, S. 9.

Stefan Laube: Opfer bleibt Opfer, unabhängig von der Nation. Vorschlag für ein Friedensmuseum, das den Streit um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin entschärfen könnte, in: Frankfurter Rundschau, 03. Januar 2004, S. 7.

http://www.fr-aktuell.de/ressorts/nachrichten_und_politik/dokumentation/?cnt=364943&

Ulrike Ackermann: Die Erinnerung tut weh – und das ist gut so. Warum das Gedenken an die Vertreibung der Deutschen nach 1945 nicht in ein europäisches Niemandsland ausgelagert werden darf, sondern nach Berlin gehört. Ein Plädoyer, in: Die Welt, 03. Januar 2004, S. 7.

http://www.ulrike-ackermann.de/pub_essays.html (pdf-Download möglich)

2003

Dezember

Karl-Peter Schwarz: Harte Bretter bohren. Die Vertreibung als deutsch-tschechische Katastrophe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Dezember 2003, S. 8.
<http://www.faz.net/s/RubA330E54C3C12410780B68403A11F948B/Doc~E93FF7448180948878E6916818C14C2DB~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Interview mit Joachim Kardinal Meisner: Ein hoher Baum hat tiefe Wurzeln, in: Rheinischer Merkur, 18. Dezember 2003.
http://www.merkur.de/archiv/neu/rm_0351/po/ip_035101.html

Ewald Trojansky: Kein politisch korrektes Gesäusel. Peter Glotz: „Die Vertreibung“ – Die Streitschrift eines Moralisten mit aufklärerischem Anspruch, in: Prager Zeitung Online, 17.12.2003.
http://www.pragerzeitung.cz/?c_id=3227

Cathrin Kahlweit: In einer Landschaft des Verdachts. Bei einer Diskussion in der Münchner Universität bleibt umstritten, inwieweit die Nachbarn in Europa einbezogen werden sollen, in: Süddeutsche Zeitung, 17.12.2003.

Gernot Wolfram: Grenzgemurmel. Erregtes deutsch-polnisches Misstrauen im Oder/Neiße-Gebiet, in: Süddeutsche Zeitung, 16.12.2003, S. 14.

Jens Bisky: Gesamteuropäische Gesprächstherapie. Gegen Erinnerungshäppchen: Was wird aus dem Zentrum gegen Vertreibungen? In: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2003, S. 15.

Thomas Urban: Derrick in Auschwitz. Warum Hitler-Witze in Polen wieder Konjunktur haben, in: Süddeutsche Zeitung, 13.12.2003, S. 14

Auszüge aus dem 6. Arbeitspapier der „Kopernikus-Gruppe“: „Polen und Deutsche ergreifen die Initiative“. Wie der Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen beigelegt werden kann, in: Tagesspiegel, 13.12.2003, S. 8.

Constantin Goschler/ Philipp Ther: Nach jüdischem Vorbild. Die Vertriebenen nutzen die Konjunktur der Opferdiskurse, in: Süddeutsche Zeitung, 01.12.2003, S. 17.

Micha Brumlik/Peter Glotz – Streitgespräch: Ein Zentrum gegen Vertreibungen?, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 50, Dezember 2003, S. 45ff.

Samuel Salzborn: Geschichtspolitik in den Medien: Die Kontroverse über ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), H. 12, S. 1120-1130.

Thymian Bussemer: Endstation Sehnsucht. (Buchrezension zu Peter Glotz: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, München 2002.), in: Ästhetik und Kommunikation 122/123, Dezember 2003.

November

Wolfgang Ullmann: Die Herstellung des Nationalismus. Schreibübung mit Lücken. Peter Glotz` Buch: „Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück“, in: Freitag (49/03), 28. November 2003.

Peter Glotz: Die Mühe des Erinnerns. Historische Aufarbeitung und Reflexion – Kanzler wie Außenminister verweigern sich. Doch Political Correctness hilft nicht weiter, in: Rheinischer Merkur, 20. November 2003.
http://www.merkur.de/archiv/neu/rm_0348/po/ip_034705.html

Christian Staas: Verteidigung der Gegenwart. Auch im Internet streiten Deutsche über die Vergangenheit. Mit Möllemann und Walser kämpfen sie gegen die Political Correctness der 68er, in: DIE ZEIT, 20. November 2003, S.38.

Hans-Dieter Schütt: Erinnerung ohne Erfahrung? Die Geschichte in der Gegenwart: neuer Zugang und Bleibende Wahrheiten, in: Neues Deutschland, 20. November 2003, S. 13.

Wlodzimierz Borodziej: Drei Möglichkeiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. November 2003.

Hans-Adolf Jacobsen: Schmerzliche und notwendige Einsicht, in: Das Parlament, 17. November 2003.

Petra Reski: Was vorbeji ist, ist vorbeji. Warum tun sich die Deutschen mit ihren Vertriebenen eigentlich so schwer? Eine Reise durch die Welt der Trachtenaufmärsche, Rübezahlgedichte und Opfer-Diskussionen, in: Die Zeit, 13. November 2003, S. 43.

Jaroslav Šonka: Abstieg zur Gefälligkeit. Die Debatte über das Zentrum gegen Vertreibungen leidet an Unterstellungen und strategischen Kurzschlüssen, in: Frankfurter Rundschau, 11. November 2003.

Aleida Assmann: Die Flut der Erinnerung. Hohmann, Günzel, der Streit um das Vertriebenenzentrum – und die Deutschen als Opfer: Erleben wir eine Wiederkehr des Nationalismus? In: Tagesspiegel, 08. November 2003, S. 23.

Nicolas Berg: Eine deutsche Sehnsucht. Die Entlastungsstrategie ist nicht neu: Seit 1945 gibt es den Versuch, neben die Verbrechen der Nazis die Leiden des deutschen Volkes zu stellen, in: Die Zeit, 06. November 2003, S. 38.

Oktober

Kein Raum für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste. Gemeinsame Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und dem Präsidenten der Republik Polen, Aleksander Kwasniewski, vom 29.10.2003, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 48 (2003), S. 1520 oder in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2003, S.6.

Rau und Kwasniewski: Flucht und Vertreibung neu bewerten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2003, S. 1.

Prag reagiert nervös auf die Danziger Erklärung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2003, S.6.

Der Historiker Gregor Thum über die Vertreibungsdebatte in Polen: „Hysterische Töne“, in: Der Tagesspiegel, 30. Oktober 2003.

Michael Ludwig: Erinnerungswürdig? Umfragen zur Debatte über das Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Oktober 2003, S. 10.

Daniel Brössler: Rau gegen deutsches Vertriebenen-Zentrum. „Erinnerung und Trauer dürfen Europa nicht erneut spalten“ / Initiative stößt in Prag und Bratislava auf Skepsis, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Oktober 2003.

Peter Becher: Das Leid der Opfer nicht vergessen, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Oktober 2003.

Bernd Ulrich: Alle deutschen werden Brüder. Notwendig oder heikel? Das Volk versöhnt sich mit seinen Vergangenheiten – weil die Zukunft zum großen Streitfall wird, in: Die Zeit, 30. Oktober 2003, S. 46.

Heidemarie Uhl: Hitlers letzte Opfer? Die Vertreibung aus deutscher und österreichischer Sicht, in: Süddeutsche Zeitung, 29. Oktober 2003, S. 14.

Karoline von Graevenitz: Im Kopf ist der Krieg der Nationen noch nicht vorüber. Zur Debatte über die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg: Wer war Opfer? Wer war Täter? In: Das Parlament, 27. Oktober 2003, S. 16.

Erik Franzen: Böhmen als Kriminalstück. In der Debatte zur Vertreibung übernimmt Peter Glotz die Rolle des guten Polizisten, in: Frankfurter Rundschau, 27. Oktober 2003.
http://www.fr-aktuell.de/ressorts/kultur_und_medien/das_politische_buch/?cnt=328584&

Achatz von Müller: Volk der Täter, Volk der Opfer. Deutschland auf dem Weg der Selbstversöhnung: Was haben die Erinnerung an den Bombenkrieg, ein Zentrum gegen Vertreibungen und die Reform des Sozialstaates miteinander zu tun? In: Die Zeit, 23. Oktober 2003, S. 35.

Volker Koop: Wo ist Vertreibung zu ächten? Am Standort Berlin entzündeten sich die Gemüter, in: Das Parlament, 20. Oktober 2003, S. 2.

Wolfgang Schäuble: Nur Zukunft hilft gegen Vergangenheit, in: Der Tagesspiegel, 19. Oktober 2003, S. 2.

Rolf Wörsdörfer: Diskursives Tandem. Eine Münchener Tagung über Vertreibungen in West- und Osteuropa, in: Frankfurter Rundschau, 16. Oktober 2003, S. 18.

Christian Jostmann: Laute Opfer der Geschichte. Wie Erika Steinbach die Deutsch-Polnischen Verhältnisse belastet, in: Süddeutsche Zeitung, 14. Oktober 2003, S. 17.

Antje Vollmer: Wir Musterschüler, in: Der Tagesspiegel, 12. Oktober 2003, S. 2.

Peter Steinbach: Vertreibung ist Gegenwart. Auch die europäische Perspektive ist zu eng für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“. Eine Antwort auf das Plädoyer des Historikers Julius H. Schoeps, in: die tageszeitung, 10. Oktober 2003, S. 12.

Daniel Brössler: Die Wunde Böhmen. Was Nationalismus aus Menschen macht: Sudetendeutsche und Tschechen, in: SZ-Literaturbeilage, 06. Oktober 2003.

Julius H. Schoeps: Angst vor dem Tabubruch: Das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ kann zur Ächtung von Vertreibungen und ethnischen Säuberungen beitragen. Ein Plädoyer für eine europäische Trägerschaft, in: die tageszeitung, 02. Oktober 2003.

Christina Weiss: Niemand will vergessen. Aber nur ein Netz von Geschichtswerkstätten in ganz Europa dient der historischen Aufklärung, in: Die Zeit, 01. Oktober 2003, S. 46.

September

Wolfgang Ullmann: Zentrum gegen Versöhnung. Vom Grundrecht auf Denkmäler. Über das geplante „Zentrum gegen Vertreibung“, in: Freitag, 26. September 2003, S. 3.
<http://www.freitag.de/2003/40/03400301.php>

Jörg Lau: Blühende Museumslandschaften. Der Bund fördert die Kultur der Vertriebenen mit Millionen – zum Hintergrund des Denkmalstreits, in: Die Zeit, 25. September 2003, S. 50.

Herfried Münkler: Unter Abwertungsvorbehalt. Vom Bombenkrieg bis zur Vertreibung: Seit einigen Jahren experimentiert Deutschland mit einer Politik des Opfers, in: Frankfurter Rundschau, 24. September 2003, S. 9.

Erich Wiedemann: Handfeste Drohung, in: Der Spiegel, 22. September 2003, S. 142f.

Thomas Urban: Troja in Warschau. Eine dreiste Pressekampagne gegen die Deutschen, Süddeutsche Zeitung, 18. September 2003, S. 17.

Michael Ludwig: Gefährliche Phänomene. Eine Diskussion in Warschau über das „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. September 2003, S. 8.

Leszek Kolakowski: Noch einmal: Über das Schlimmste, in: Die Zeit, 18. September 2003, S. 41.

„Ein Berliner Denkmal für Vertriebene wäre ein Fehler. Es könnte die Gräuel des Zweiten Weltkriegs relativieren und Gebietsansprüche untermauern, für die es keine Rechtfertigung gibt.“

Unterdrückte Wahrheiten werden giftig, in: Rheinischer Merkur, 18. September 2003.
Offener Brief des RM-Mitherausgebers Hans Maier an Wladislaw Bartoszewski:
http://www.merkur.de/archiv/neu/rm_0338/po/ge_033801.html

Thomas Roser: Vermutungen über Deutschland. Polen verstehen die Debatte über eine Zentrum gegen Vertreibungen zumeist als Versuch der Geschichtsklitterung, in: Frankfurter Rundschau, 17. September 2003, S. 3.

Kwasniewski verteidigt Debatte über Vertreibung und lehnt Zentrum ab. Polens Staatspräsident für europäisches Gedenkkonzept, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. September 2003, S. 5.

Jens Mattern: Angst vor dem „Täterstatus“. Das Bild vom revanchistischen Deutschen ist im öffentlichen Bewusstsein tief verwurzelt, in: Rheinischer Merkur, 11. September 2003
http://www.merkur.de/archiv/neu/rm_0349/po/ge_033703.html

Karl-Heinz Baum: Rau warnt bei Vertriebenen vor Schuldzuweisungen.
Bundespräsident äußert Sorge angesichts von „Ton und Stil“ in der Debatte über ein Zentrum gegen Vertreibungen, in: Frankfurter Rundschau, 08. September 2003, S. 4.

Gespräch mit Bundesinnenminister Otto Schily: Lagerdenken ist völlig unangemessen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. September 2003, S. 4.

Kai Struve: Die Konkurrenz der Opfer.

Transnationales Gedächtnis als Alibi: Ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin würde die Renationalisierung der Erinnerung befördern, in: Frankfurter Rundschau, 06. September 2003, S.9.

Gerhard Gnauck: Neuer Wind und alte Ängste. Polnische Debatte um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Neue Zürcher Zeit, 06. September 2003, S. 35.

Christian Meier: Das ungeteilte Gedenken. Vor dem „Tag der Heimat“: zur Debatte um das geplante Vertriebenen-Zentrum, Tagesspiegel, 04. September 2003, S. 25.

Thomas Urban: Die Austreibung der Angst vor der Erinnerung. Schlechte Zeiten für den Dialog: In Polen und Tschechien wird der Streit um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ immer bizarrer geführt, in: Süddeutsche Zeitung, 02. September 2003, S. 11.

Adam Krzeminski: Die schwierige deutsch-polnische Vergangenheitspolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/2003, S. 3-5.

Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste Erinnerungsboom in der Kritik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/2003, S. 6-13.

Helga Hirsch: Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerung im Wandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40-41/2003, S. 14-26.

August

Ute Frevert: Die Rückkehr der Opfer im Land der Täter. Über den Erinnerungsboom und die Chancen der Historisierung, in: Neue Zürcher Zeitung, 30./31. August 2003

Mihran Dabag: Über die Suche nach Erinnerung im universalen Europa. Ein Zentrum gegen Vertreibungen könnte die Unterschiede zwischen Massaker und Völkermord zum Verschwinden bringen, in: Frankfurter Rundschau, 30. August 2003, S. 7.

Michael Ludwig: Opfer und Täter. Die Debatte in Polen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. August 2003, S.3.

Interview mit Joschka Fischer: „Was haben wir uns angetan“, in: Die Zeit, 28. August 2003, S. 6.

Thomas Urban: Neuer Drang nach Osten. Polens Intellektuelle lehnen Berliner Vertriebenenzentrum ab, in: Süddeutsche Zeitung, 23. August 2003, S. 12.

Wolfgang Templin: Verschiebungen im kollektiven Gedächtnis. Der souveräne Umgang mit Geschichte kann kein entspannter sein: Weshalb ein Zentrum gegen Vertreibungen nicht die Lösung ist, in: Frankfurter Rundschau, 21. August 2003.

Daniel Brössler: Täter und Opfer. Ein von deutscher Seite initiiertes „Zentrum gegen Vertreibungen“ lässt Raum für Missdeutungen, in: Süddeutsche Zeitung, 19. August 2003, S. 4.

Fremd in Breslau. Der Historiker Gregor Thum zum Streit über den Ort des geplanten Zentrums gegen Vertreibungen, in: Berliner Zeitung, 15. August 2003, S. 9.

Patrick Bahners: Ehrensache. Der Streit um die Vertreibung: Schröder misstraut seinem Volk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. August 2003, S. 33.

„Berlin nicht der richtige Ort“. Im Streit um die Errichtung einer Vertriebenen-Gedenkstätte in Berlin versagt Bundeskanzler Gerhard Schröder den Initiatoren seine Unterstützung. Berlin sei nicht der richtige Standort, eine europäische Lösung müsse her, in: Der Spiegel, 13. August 2003.

Helga Hirsch: Zumutung und Befreiung. Stärker als erwartet berührt der Wandel im deutschen Selbstbildnis auch das der Nachbarn, in: Der Tagesspiegel, 12. August 2003, S. 7.

Peter Glotz: Wider den Nationalismus – Antwort auf Bartoszewski, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. August 2003, S. 6.

Julian Bartosz: Der Bumerang Vertreibungszentrum. Missfallen am deutschen „Weltschmerz“, in Neues Deutschland, 11. August 2003.

Jan Šícha: Die Renationalisierung Europas beginnt. Warum der Streit um das Zentrum Deutschlands Nachbarn beunruhigt, in: Der Tagesspiegel, 08. August 2003, S. 6.

Wladyslaw Bartoszewski: Wider das selektive Erinnern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06. August 2003, S. 9.

Heinrich Olschowsky: Im Land der Ahnungslosen. Die Ostdeutschen brauchen Aufklärung, für die DDR gab es die Vertreibung offiziell nicht, in: Der Tagesspiegel, 05. August 2003, S. 8.

Berthold Kohler: Das letzte Kapitel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04. August 2003, S. 1.

Joachim Güntner: Respekt statt Revanche. Zur Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Neue Zürcher Zeitung, 04. August 2003, S. 17.

Erika Steinbach: Raus aus den Schützengräben. Der Bund der Vertriebenen hat sich längst gewandelt, wann merken das seine Kritiker? In: Tagesspiegel, 02. August 2003, S. 7.

Peter Richter: Vertreibung – erst die alten Geister. Debatte zum Zentrum gegen Vertreibungen reißt Wunden auf – und ist doch heilsam, in: Neues Deutschland, 01. August 2003.

Hans Michael Kloth: „Wunde Punkte“. Der Streit um ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ entzweit nun auch das Bundeskabinett. Die Initiatoren geraten in die Defensive, in: Der Spiegel, 32/2003, S. 36f.

Juli

Moshe Zimmermann: In Deutschland wie in Nahost. Vertreibungen und Aufrechnung, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Juli 2003, S. 11.

Markus Meckel: Mit dem Bund der Vertriebenen geht es nicht. Warum wir noch einmal ganz von vorne anfangen müssen – diesmal mit den Nachbarn, in: Tagesspiegel, 30. Juli 2003, S. 7.

Interview mit Ralph Giordano: “Ich habe mein Feindbild eingerissen” in: Spiegel Online, 29. Juli 2003.

Wlodzimierz Borodziej: Wider die nationale Erzählerperspektive. Die Geschichte der Vertreibungen kann nur als europäisches Panorama präsentiert werden, in: Der Tagesspiegel, 28. Juli 2003.

Eva und Hans Henning Hahn: Erst die deutschen Hausaufgaben machen. Die zwei Projekte für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ sind nun vor dem Hintergrund einer unaufrichtigen Vertriebenenpolitik verständlich, in: Frankfurter Rundschau, 25. Juli 2003, S. 9.

Peter Glotz: Wir betrauern nicht nur die eigenen Opfer. Die Vertriebenen können die internationale Beratung für ihr Projekt in Berlin noch verstärken, in: Der Tagesspiegel, 24. Juli 2003, S. 8.

Karl Schlögel: Die Düsternis – in neuem Licht. Die Geschichte der Vertreibung passt nicht in ein Zentrum. Die Erinnerungskultur muss gelebt werden, in: Die Zeit, 24. Juli 2003, S. 9.
http://www.zeit.de/2003/31/Essay_Schl_9agel

Götz Aly: Europas Selbstzerstörung. Zum geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Süddeutsche Zeitung, 24. Juli 2003.

Philipp Ther: Vertreibung als Warnung dokumentieren, in: Süddeutsche Zeitung, 23. Juli 2003.

Christoph von Marschall: Raus aus der rechten Ecke. Im Streit um das geplante Berliner Zentrum gegen Vertreibungen bilden Konservative und Liberale neue Allianzen, in: Tagesspiegel, 23. Juli 2003, S. 23.

Daniel Brössler: Geschichte als Hammer. Streit in der SPD über das Zentrum gegen Vertreibungen, in: Süddeutsche Zeitung, 22. Juli 2003, S. 9.

Regina Mönch: Unteilbar. Weite Wege: Der Streit um das Zentrum gegen Vertreibung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Juli 2003

Gustav Seibt: Heimat und Totengedenken. Muss es ein Mahnmal für die Vertriebenen geben? In: Süddeutsche Zeitung, 18. Juli 2003.

Gabriele Lesser: Unbequeme Fragen des ehemaligen Außenministers. Das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ weckt in Polen Ängste vor einem neuen deutschen Nationalismus, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 18. Juli 2003.

Erik Franzen: Aus dem Geist von 1950. Die Debatte um eine „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Frankfurter Rundschau, 18. Juli 2003
<http://www.zeit.de/2003/30/Vertreibung>

Gunter Hofmann: Unsere Opfer, ihre Opfer. Erinnern an die Vertreibungen – national oder europäisch? In: Die Zeit, 17. Juli 2003, S. 8.

Ein böhmisches Requiem. Gespräch mit Peter Glotz über sein demnächst erscheinendes Buch „Die Vertreibung“, in: Süddeutsche Zeitung, 17. Juli 2003.

Christian Semler: Zerteiltes Vertreibungsgedenken, in: die tageszeitung, 17. Juli 2003, S. 7.

Jens Bisky: Auf der richtigen Seite. Gegenauklärung: Zum Streit um das Zentrum gegen Vertreibungen, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Juli 2003.

Markus Feldenkirchen/Christoph von Marschall/Christian Staas: Schily und Thierse streiten über Gedenken an Vertreibung. Innenminister stellt sich hinter Pläne des

Vertriebenenbundes, der Bundestagspräsident fordert eine internationale Lösung, in: Der Tagesspiegel, 16. Juli 2003.

Stefan Dietrich: Verfrühte Europäisierung. Die Auseinandersetzung um ein Zentrum gegen Vertreibungen geht weiter, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Juli 2003, S. 10.

Karl-Heinz Baum: Europäische Perspektive des Zentrums für Vertreibungen gefordert, in: Frankfurter Rundschau, 16. Juli 2003, S. 4.

Harry Nut: Europäisch. Erinnerter Vertreibung, in: Frankfurter Rundschau, 16. Juli 2003, S. 9.

Daniel Brössler: Vertreibung und Verdrängung. Deutschland sollte sich auch künftig vor einem rein nationalen Gedenken hüten, in: Süddeutsche Zeitung, 16. Juli 2003, S. 4.

Aufruf zur Einrichtung einer europäischen Gedenkstätte, in: Der Tagesspiegel, 16. Juli 2003, S. 8.

Daniel Brössler: Ein „nationales Projekt“ verstört die Nachbarn, in: Süddeutsche Zeitung, 15. Juli 2003, S. 1.

Sven Felix Kellerhoff: Asymmetrische Erinnerung. Nationales Museum oder europäische Forschungsstätte: Warum das „Zentrum gegen Vertreibungen“ nicht vorankommt, in: Die Welt, 02. Juli 2003.

Juni

Gerwin Klinger: Deutsch oder europäisch? Die Mahnmaldebatte der Vertriebenen zieht ihre Kreise, in: Der Tagesspiegel, 27. Juni 2003, S. 26.

Mai

Wolfgang Ullmann: Stoiber, Die Benes-Dekrete und das „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Der Freitag, 24. Mai 2003
<http://www.freitag.de/2002/22/02220101.php>

Februar

Thomas Thiemeyer: Erwachsen geworden. Flucht und Vertreibung in Europa: Das neue Heft der ZfG, in: Süddeutsche Zeitung, 08./09. Februar 2003, S. 16.

2002

Dezember

Stefan Dietrich: Leichen im Geschichtskeller. Eine sehr dunkle Diskussion über ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Dezember 2002.

Juni

Adam Krzemiński/ Adam Michnik: Wo Geschichte europäisch wird. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“ gehört nach Breslau, in: Die Zeit, 20. Juni 2002, S. 11.

„Die Erinnerung sollte dort stattfinden, wo die Taten geschahen. Diese Katastrophen sind untrennbar Teil der Geschichte und der Identität des Landes wie auch der Menschen, die dort leben.“ [...]

http://www.zeit.de/archiv/2002/26/200226_essay_michnik_kr.xml

K. Bachmann: Über die Bande gespielt. Blockierte Erinnerung bei den Vertriebenenverbänden, in: Frankfurter Rundschau, 11. Juni 2002, S. 26.

Mai

Falsche Folklore und erfundene Volkstänze. Ein Gespräch mit dem Nobelpreisträger Günter Grass und den Historikern Michael Jeismann und Karl Schlögel über die Mythen der deutschen Vertreibung und die Literatur als Vorreiterin der Geschichtsschreibung, in: Literaturen 5/2002, S. 21-29.

Gabriele Lesser: Anklage oder Versöhnung. Zwischen Polen und Deutschland herrscht Uneinigkeit darüber, wo das "Zentrum gegen Vertreibung" gebaut werden soll. Während polnische Intellektuelle Breslau favorisieren, beharrt die Chefin des Vertriebenenbundes, Erika Steinbach, auf Berlin, in: die tageszeitung, 24. Mai 2002, S. 10.
<http://www.taz.de/pt/2002/05/24/a0064.nf/textdruck>

März

Y. Holl: Ein Schicksal - zwei Erinnerungen. Historiker sprechen darüber, wie Deutsche und Polen die Vertreibung verarbeiteten, in: Frankfurter Rundschau, 25. März 2002, S. 5.

Karl Schlögel: Die Sprache des Krebses. Der neue Grass und die Erinnerung an die Vertreibung, in: Frankfurter Rundschau, 12. März 2002, S. 17.

2000

Peter Becher: Die deutsche Linke und die Vertriebenen, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte (NG/FH) 47/2000.

Juni

i

Johannes Leithäuser: Vertriebene wollen Wege zur Völkerverständigung weisen. Das „Zentrum gegen Vertreibungen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07. Juni 2000, S. 5.

Helmut Lölhöffel: Vertriebene wollen ihr Schicksal der Nachwelt vermitteln, in: Frankfurter Rundschau, 07. Juni 2000, S. 4.

Marianne Heuwagen: Zentrum gegen Vertreibung, Süddeutsche Zeitung, 07. Juni 2000, S. 1.

1999

Dezember

Hartmut Koschyk/Cem Özdemir: Zentrales Mahnmal gegen Flucht und Vertreibung? Pro & Contra, in: Das Parlament, 24./31. Dezember 1999, S. 2.

Reinhard Müller: Zentrum gegen Vertreibungen. Ein Teil der unbewältigten Vergangenheit Europas soll dokumentiert werden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Dezember 1999, S. 16.

November

Sibylle Wirsing: Neumond der Vertriebenen. Wer soll des Gedenkens Hüter sein? – Anhörung zum Naumann-Papier im Bundestag, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03. November 1999, S. 54.

August

Andreas Rossmann: der Kalte Krieger. Unter Ideologieverdacht: Naumann und die Vertriebenenkultur, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. August 1999, S. 41.

Bund der Vertriebenen plant ein „Zentrum gegen Vertreibungen“, in Berlin, in: Tagesspiegel, 27. August 1999, S. 29.

Thomas Lackmann: Im Flüchtlingslager, in: Tagesspiegel, 27. August 1999, S. 29.

Frau Steinbach wirbt für „Zentrum gegen Vertreibungen“. Vorwürfe gegen Staatsminister Naumann / Was wird aus der Kulturförderung nach dem Vertriebenengesetz?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. August 1999, S. 4.

Mai

Alexander Loesch: Neues Verständnis für alte Opfer durch Kosovo-Schock. Schily für „Zentrum gegen Vertreibung“ / Festakt im Berliner Dom, in: Tagesspiegel, 30. Mai 1999, S. 4.

1998

September

Annette Rogalla: Jedem sein Denkmal? Helmut Kohl will den Vertriebenen zu einer Gedenkstätte verhelfen, in: die tageszeitung, 07. September 1998, S. 2.

Mai

Bernd Siegler: Nürnberg streitet um ein politisches Mahnmal, in: die tageszeitung, 22. Mai 1998.

Die Debatte um das Zentrum gegen Vertreibungen im Spiegel der Presse, zusammengestellt von Anja Augustin, Daniel Gerster und Jürgen Danyel, in: Zeitgeschichte-online, Thema: Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung, hrsg. von Jürgen Danyel, Januar 2004, URL: <http://www.zeitgeschichte-online.de/md=Vertreibung-Pressenauswertung>